

DIE INFLATION IST DA

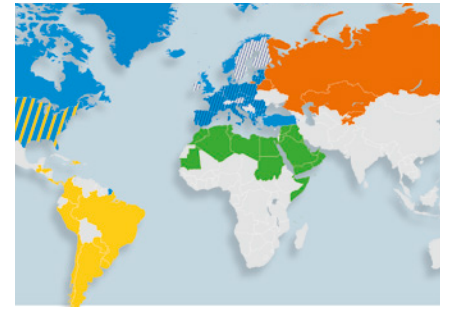
GIBT ES 2023
EINE REZESSION
ODER WIRD ES DOCH
NICHT SO SCHLIMM?

— SEITE 10





STAMMTISCHWISSEN FÜR DEN ALLTAG **04**



DIE NATO UND DIE WELT **8**



PRO & CONTRA ÜBERGEWINNSTEUER **20**



WEIHNACHTS-GESCHENKE MADE IN BAVARIA **22**



CHANCE STATT KRISE: DAS GLAS IST HALBVOLL **24**

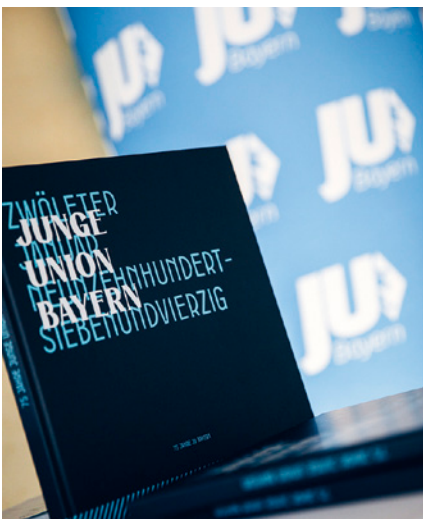
DROHT EINE REZESSION? UND WAS HIESSE DAS FÜR DIE JUNGE GENERATION **10**



RÜCKBLICK AUF DIE JU-LANDES-VERSAMMLUNG **26**



STARKE STIMME FÜR DIE JUNGE GENERATION **32**



75 JAHRE JU BAYERN **30**



NEUES AUS DEN BEZIRKSVERBÄNDEN **35**

MITGLIEDER-STATISTIK **34**

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe JU'ler,

2022 war ein besonderes Jahr. Die Corona-Pandemie hat uns auch in diesem Jahr noch nicht ganz losgelassen, der Angriffskrieg auf die Ukraine hält uns immer noch in Atem, die hohe Inflation ist aufgrund der Energiekrise nach oben geschneit und die Bauzinsen entwickeln sich vor allem für die Häuslebauer nicht gerade positiv.

Das alles begleitet uns auch in das vor der Tür stehende neue Jahr. 2023 – ein Entscheidungsjahr nicht nur für uns als JU Bayern, sondern auch für uns als CSU. Denn das Thema Generationengerechtigkeit, bezahlbarer Wohnraum für junge Familien, eine realistische Umweltpolitik und erschwinglichen Lebensunterhalt für alle Bereiche begleiten uns wie auch schon im letzten Bundestagswahlkampf im anstehenden Landtagswahlkampf 2023 nun umso mehr.

Trotz dieser Rahmenbedingungen steht der Freistaat Bayern dank einer jahrzehntelangen starken Wirtschaft und den politisch stabilen Verhältnissen bis heute sehr gut da. Dies soll durch eine starke CSU in Bayern auch in Zukunft so bleiben. Durch bereits zahlreiche CSU-Nominierungen in den verschiedensten Wahlkreisen Bayerns können wir auf viele frische und junge Köpfe mit JUnge Themen setzen.

Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt auf beeindruckende und ganz besondere Weise die „JU-Chronik“ – 75 Jahre Junge Union Bayern. Hier ist die Erfolgsgeschichte der Jungen Union Bayern von der Entstehung bis heute festgehalten. Alle Infos hierzu findet ihr in dieser Ausgabe. Vielleicht auch eine Idee zu Weihnachten für alle Freunde der Jungen Union Bayern?

Wir als Redaktionsteam hoffen euch auch mit dieser Ausgabe wieder viele interessante Einblicke und Berichte rund um die Politik sowie vielen spannende Themen mit ein paar ruhigen Stunden beim Lesen geben zu können.

Zum Ende eines weiteren anstrengenden Jahres gezeichnet von verschiedensten Herausforderungen wünsche ich euch und euren Liebsten im Namen der gesamten „bajuwaren-Familie“ ein frohes Weihnachtsfest sowie ein erfolgreiches und vor allem gesundes Jahr 2023.

Viel Spaß beim Lesen!



Marco Gmelch
Chefredakteur bajuware



STAMMTISCHWISSEN FÜR DEN ALLTAG

Jin, Jîyan, Azadî – Frau, Leben, Freiheit:

#No2Hijab – der Protest auf iranischen Straßen

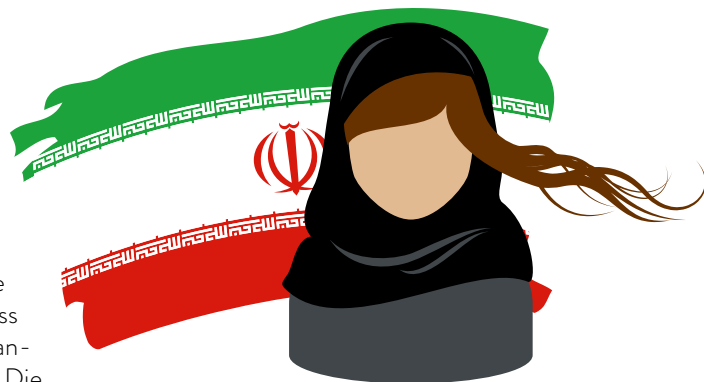
Seit Mitte September gehen im Iran Menschen auf die Straße. Sie setzen sich in der „Islamischen Republik Iran“ für Rechte von Frauen ein und rufen dabei „Jin, Jîyan, Azadî“. Die feministische Parole in kurdischer Sprache heißt übersetzt „Frau, Leben, Freiheit“ und steht wie keine andere für den Widerstand der Bevölkerung gegen die geistliche – ausschließlich männliche – Führung in dem Staat.

Auslöser war der Tod von Jîna Mahsa Amini, einer 22-jährigen iranischen Kurdin in Polizeigewahrsam. Drei Tage zuvor war sie von der Sittenpolizei festgenommen worden, weil sie ihre Haare nicht vorschriftsmäßig mit ihrem Kopftuch bedeckt hatte. Das Regime behauptet, sie sei während der Haft

ins Koma gefallen und im Krankenhaus gestorben. Ihre Eltern erklären, dass sie keinerlei Vorerkrankungen gehabt habe. Die Wahrheit herauszufinden, dürfte schwierig sein in diesen Zeiten.

Man kann es sich gerade heute nicht vorstellen, aber in den 1950er- und 60er-Jahren näherte sich der Schah in seiner „weißen Revolution“ an den Westen an. Frauen erhielten 1963 u. a. das Wahlrecht. Das zarte Pflänzchen der Entwicklung war mit der islamischen Revolution 1979 schnell vertrocknet. Unter der Führung von Ajatollah Khomeini wurden die Rechte von Frauen sukzessive beschnitten, am deutlichsten sichtbar am Kopftuchzwang. Die Scharia als das angewandte Rechtssystem, die im Iran streng ausgelegt wird, entrechtet Frauen systematisch.

Unter dem Radar europäischer Medien brodelte es seit 1979 immer wieder. Die Proteste von Frauen gegen ihre Unterdrückung brachen sich zuletzt immer öfter Bahn. Demgegenüber hat sich die Härte der Sittenpolizei verschärft. Laut der Menschenrechtsorganisation HRANA befanden sich von Frühlingsanfang bis Mitte Juli 2022 rund 1.700 Frauen allein in der Provinz Kermān-

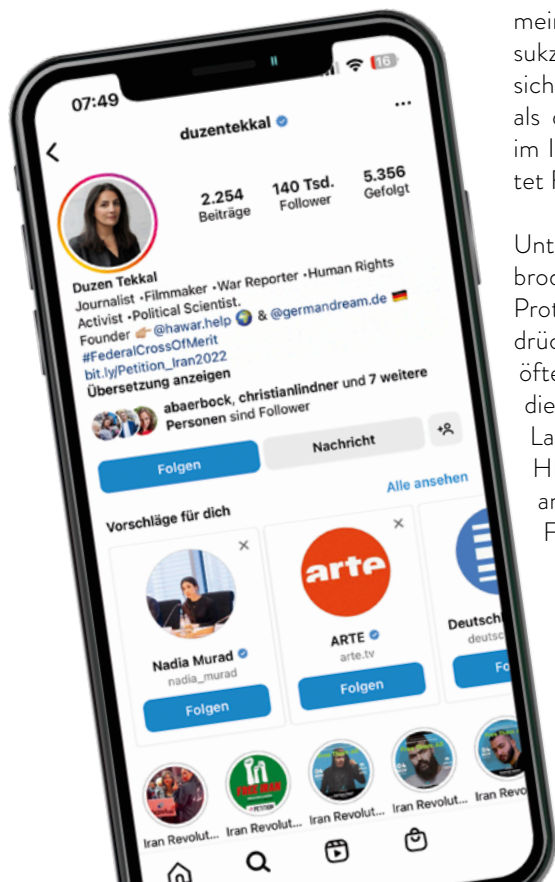


FREEDOM FOR WOMEN

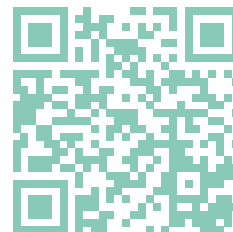
schän in Polizeigewahrsam. Der Grund: nicht korrekt sitzende Hijabs.

Im Juni entstand unter dem Hashtag #No2Hijab eine Online-Kampagne. Der Aufruf zum Protest schaffte es nach einem Hackerangriff auf das iranische Staats-TV sogar ins Fernsehen. Seit dem Tod Aminis gibt es für immer mehr Menschen kein Halten mehr. Neben Frauen gehen auch Männer, alte, junge, Menschen aus unterschiedlichen Regionen und Religionen, auf die Straße. Sie tragen keinen Hijab und schneiden sich als Zeichen des Protests die Haare ab.

Und das Regime? Es versucht die Demonstranten mit Worten einzuschüchtern. Die nächste Stufe der Eskalation wäre der Einsatz von Militär. Schaut man dem protestierenden Volk in die Augen, erkennt man – so beschreiben es Augenzeugen – Wut und Hass. Da gebe es keinen Platz mehr für Angst.



Duzen Tekkal ist Journalistin, Politikwissenschaftlerin und Unternehmerin. Sie begleitet die Proteste im Iran und gibt ihnen in Deutschland eine Plattform in der Öffentlichkeit.



Klimaprotest mit Kartoffelbrei:

Verzweiflungstat oder Straftat?

Um auf den Klimawandel aufmerksam zu machen und sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, gehen Aktivisten von „Letzte Generation“ immer radikaler vor: Am 23. Oktober haben sie in Potsdam ein Gemälde von Claude Monet mit Kartoffelbrei überschüttet. Am 31. Oktober wurde in Berlin eine Radfaherin von einem Betonmischer überfahren und starb später an ihren schweren Verletzungen. Das für die Rettung benötigte

Spezialfahrzeug der Feuerwehr stand im Stau, weil die Aktivistengruppe Berliner Straßen blockierte. Am 3. November klebten sich Aktivisten am Münchner Stachus auf dem Asphalt fest und erzeugten Staus. In Interviews erklären die Aktivisten, dass der Klimawandel Milliarden Menschenleben gefährde – darüber solle man sich aufregen, nicht über ein Gemälde von Monet. Sie fordern ein sofortiges Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen sowie die Wiedereinführung des 9-Euro-Tickets und kündigen weitere Aktionen an, bis die Forderungen erfüllt sind.

Unterdessen ist eine Diskussion entbrannt, wie weit Protest gehen darf. Natürlich muss eine freiheitliche Gesellschaft solche Formen der Meinungsäußerung aushalten, aber dürfen dadurch Menschenleben gefährdet werden? Darf Eigentum anderer, auch des Staates, beschädigt werden? Wie kann man Kunst in Museen schützen? Indem sie in Depots verbleibt? Das kann es nicht sein!

In Bayern verfolgt die Polizei eine klare Linie. Sie hat zwölf der Aktivisten vom Münchner Stachus für 30 Tage in „präventiv-polizeilichen Gewahrsam“ genommen. Und während Grüne und Co. gegen das Vorgehen argumentieren, ist die CSU-Linie klar: „Eine wehrhafte Demokratie lässt sich halt auch nicht auf der Nase herumtanzen“, erklärte Staatskanzleichef Dr. Florian Herrmann. Schließlich gehe es auch darum, das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat zu stärken.



Noch mehr Bürokratie oder eine Chance?

Was die EU-Taxonomie für uns alle heißt

Der Duden definiert „Taxonomie“ als „Einordnung in ein bestimmtes System“. Die EU definiert mit ihrer Taxonomie Regeln für die Nachhaltigkeit von Unternehmen. Damit sollen Anleger nachhaltig wirtschaftende Unternehmen leichter erkennen können. Ziel ist es, den Green Deal der EU – danach soll Europa 2050 klimaneutral sein – voranzutreiben, indem mehr Gelder in nachhaltige Unternehmen und Technologien gelenkt werden. Diese EU-Taxonomie wird am 1. Januar 2023 in Kraft treten und die Grundlage für ein europaweit einheitliches Verständnis von Nachhaltigkeit schaffen.

Bis dato gibt es keine einheitliche Definition nachhaltigen Wirtschaftens. Das führt dazu, dass sich Unternehmen oder Investmentfonds grüner darstellen können, als sie tatsächlich sind – Stichwort: „Greenwashing“. Neben der Vereinheitlichung der Regeln und Standards legen Unternehmen künftig offen, inwieweit sie ihr Handeln an den Kriterien der Taxonomie ausrichten. Das erzeugt für

Investoren mehr Transparenz beim Blick auf das Gesamtunternehmen.

Jetzt könnte man sagen, dass sich ein neues Bürokratiemonster anbahnt. Doch das stimmt in diesem Fall nur zum Teil. Schließlich wird die Ermittlung der Nachhaltigkeit des Unternehmens standardisiert und betrifft verpflichtend nur die Unternehmen, die schon heute CSR-berichtspflichtig sind. Für kleinere Unternehmen kann sich ein freiwilliges Berichtswesen positiv auf die eigene Geschäftsentwicklung auswirken – durch niedrigere Zinssätze oder eine höhere Attraktivität für potenzielle Arbeitnehmer.

Fazit: Es kommt Arbeit auf Unternehmen, Banken und Behörden zu, aber die Chance auf mehr Transparenz, höhere Investitionen in Nachhaltigkeit und damit eine schnellere Transformation der europäischen Wirtschaft überwiegen.

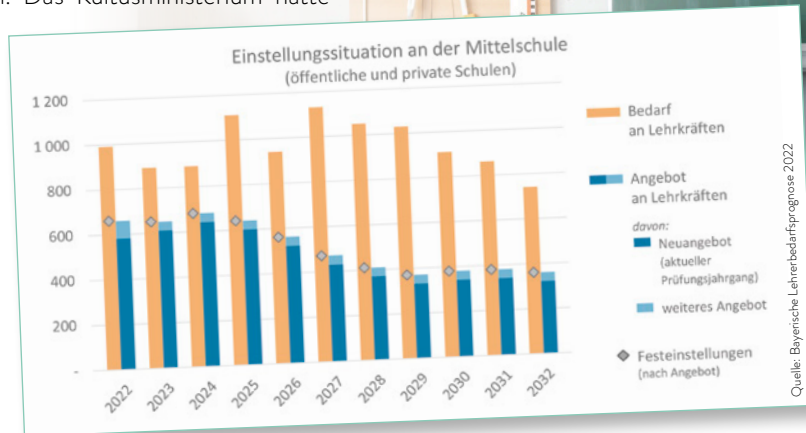


Lehrermangel an Bayerns Schulen:

Beruf muss attraktiver werden

Rund 1,7 Millionen Schülerinnen und Schüler gibt es in Bayern über alle Schularten hinweg. Tendenz steigend! Was nicht steigt, ist die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer. Ganz schlimm ist die Situation in den Mittelschulen (siehe Grafik). Dass die Lücke in den nächsten Jahren noch größer wird, hat vielfältige Gründe, u. a. niedrige Einstiegsgehälter und eine sinkende Zahl an Studierenden für das Lehramt in der Mittelschule. Der Ministerpräsident hat reagiert und die Gehälter angehoben.

Anhand der jährlichen Lehrbedarfsprognose lassen sich die Schülerzahlen ziemlich genau voraussagen. Das Kultusministerium hätte deshalb schon längst gegensteuern können und es hätte handeln müssen: die Studiengänge attraktiver gestalten, das Image der Mittelschullehrer aufpolieren und vielleicht für eine aktivere Ansprache der Teilzeitlehrer sorgen, damit diese mehr arbeiten. Immerhin jeder zweite Lehrer arbeitet in Teilzeit und häufig weniger als 20 Stunden. Hier liegt Potenzial brach, das sich schnell aktivieren ließe.



Bürgergeld setzt falsche Anreize:

SPD will ihr Hartz-IV-Trauma überwinden

Die SPD will es unbedingt: das Bürgergeld. Es soll künftig Hartz IV ersetzen, jene Arbeitsmarktpolitik, mit der Gerhard Schröder einst den Arbeitsmarkt in Deutschland reformiert hat. Die SPD will mit dem Bürgergeld ihr Hartz-IV-Trauma überwinden. Umso unverständlicher ist die jetzt geplante Einführung mit der Brechstange. Denn das Bürgergeld setzt falsche Anreize: mehr Geld, höhere Schonvermögen und weniger Sanktionen, wenn man sich nicht um Arbeit bemüht. Warum sollte jemand unter diesen Rahmenbedingungen arbeiten wollen?

Die Eckpunkte: Wer Bürgergeld bekommt, kann mit 502 Euro Regelsatz rechnen. 50 Euro mehr als bisher bei Hartz IV. Angesichts der aktuellen Inflation ist die Steigerung

durchaus sinnvoll. Weniger sinnvoll sind die weiteren Rahmenbedingungen, denn sie schaffen kaum Anreize, überhaupt arbeiten zu wollen. So zahlt das Amt die Wohnung und das Haus für die ersten zwei Jahre. Erst nach dieser Frist wird geprüft, ob die Wohnsituation angemessen ist. Vermögen bis zu 60.000 Euro wird in diesem Zweijahreszeitraum ebenfalls nicht angetastet.

Aus den Mitwirkungspflichten wird in dem Ampel-Entwurf ganz schnell ein zahloser Tiger. Denn wenn der Gesetzgeber erwartet, dass Bürgergeldempfänger grundsätzlich jede zumutbare Arbeit annehmen, es aber keine Sanktionen gibt, wenn jemand trotz Angeboten nicht arbeitet, wer wird dann jedes Angebot annehmen? Im ersten halben Jahr soll es nach dem Bundes-

tagsbeschluss überhaupt keine Sanktionen mehr geben.

Für die Union ist das der falsche Anreiz. Und so findet sich das Gesetz zum Bürgergeld im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat wieder. Die Ampel muss sich bewegen, um aus einer nett gemeinten Sozialreform ein praktikables Gesetz zu formen, nach dem sich Leistung lohnt und das die richtigen Anreize schafft.

HARTZ IV → BÜRGERGELD

STAMMTISCHWISSEN DIE ZWEITE

Raumfahrtgipfel:

„Welt**RAUM**macht“ Bayern

Es geht nicht um Science-Fiction, sondern um knallharte wirtschaftliche Entwicklung. Darum verfolgt die Bayerische Staatsregierung die Erforschung des Weltraums so konsequent. Europas größte Fakultät für Luft- und Raumfahrt entsteht in Bayern, an der TU München. Der Freistaat investiert Milliarden.

Erst im Oktober hat Ministerpräsident Markus Söder im Rahmen des Raumfahrtgipfels noch einmal 50 Millionen Euro für die Entwicklung neuer Satelliten in Aussicht gestellt. Diese sollen Bilder und Daten aus dem All liefern, um die Landwirtschaft zu unterstützen und

beispielsweise den Düngbedarf punktgenau zu ermitteln und um der Ukraine bei der Aufklärung zu helfen. Und nicht zuletzt, um den Klimawandel zu erforschen und daraus neue Methoden für den Klimaschutz abzuleiten.

Die Welt ist im Wandel, Russland nicht länger Partner, China rüstet massiv auf, weitere Staaten stehen in den Startlöchern, um den Weltraum zu erobern. „Wenn Europa nicht mithält, fliegen wir aus dem Rennen raus“, erklärte Josef Aschbacher, der Chef der Europäischen Raumfahrtbehörde (ESA).

Markus Söder hat das Potenzial erkannt und verfolgt die Linie konsequent weiter. 2018 hatte er das Raumfahrtprogramm „Bavaria One“ vorgestellt – und wurde von großen Teilen der Öffentlichkeit belächelt. Heute spielt der Freistaat mit seinen über 550 Raumfahrtunternehmen und unzähligen Forschungseinrichtungen in der globalen Spitze mit. Und so ist es nicht verwunderlich, dass der ESA-Chef Bayern als „Weltraummacht“ bezeichnet.



AUFGEWACHT: DIE NATO UND DIE WELT

Militärbündnisse galten schon als Auslaufmodell, doch in einer sich wandelnden Weltordnung tragen sie zur Stabilität und zur Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern bei.



Ex-US-Präsident Donald Trump wollte seine Beiträge kürzen, Frankreichs Präsident Emanuel Macron diagnostizierte 2019 den Hirntod der NATO. Heute ist das nordatlantische Militärbündnis lebendiger denn je. Wie so oft schweißt ein gemeinsames Feindbild enger zusammen.

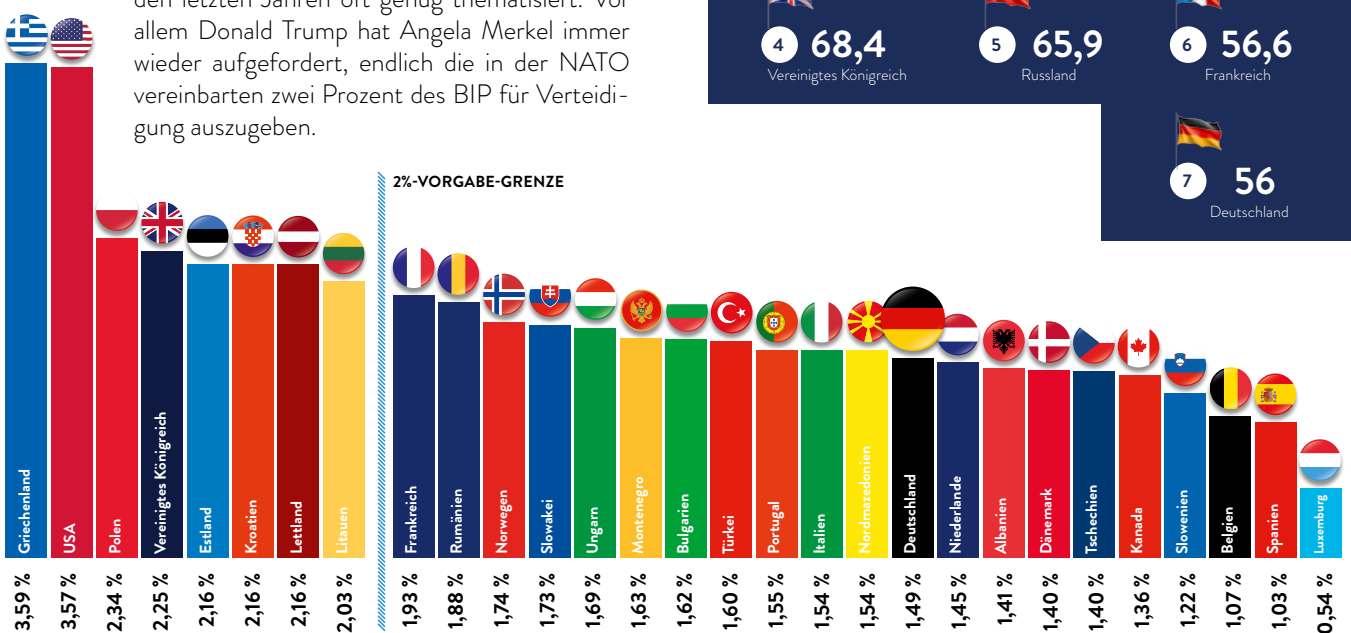
Seit Russlands Präsident Wladimir Putin an der NATO-Ostflanke mit den Säbeln rasselt, finden die Mitglieder in Europa und Nordamerika wieder zusammen. Gemeinsame Manöver und Präsenz von Militärs aller Mitgliedsstaaten sollen Russland seine Grenzen aufzeigen. Spätestens seit dem Überfall Putins auf die Ukraine spricht niemand mehr von Hirntod.

Zu den 30 Mitgliedern stoßen demnächst wohl Schweden und Finnland hinzu. Die Ziele der NATO sind angesichts der unsicheren Weltlage nach 70 Jahren Frieden in Europa erstrebenswerter denn je. Ziele des Nordatlantik-Paktes sind der

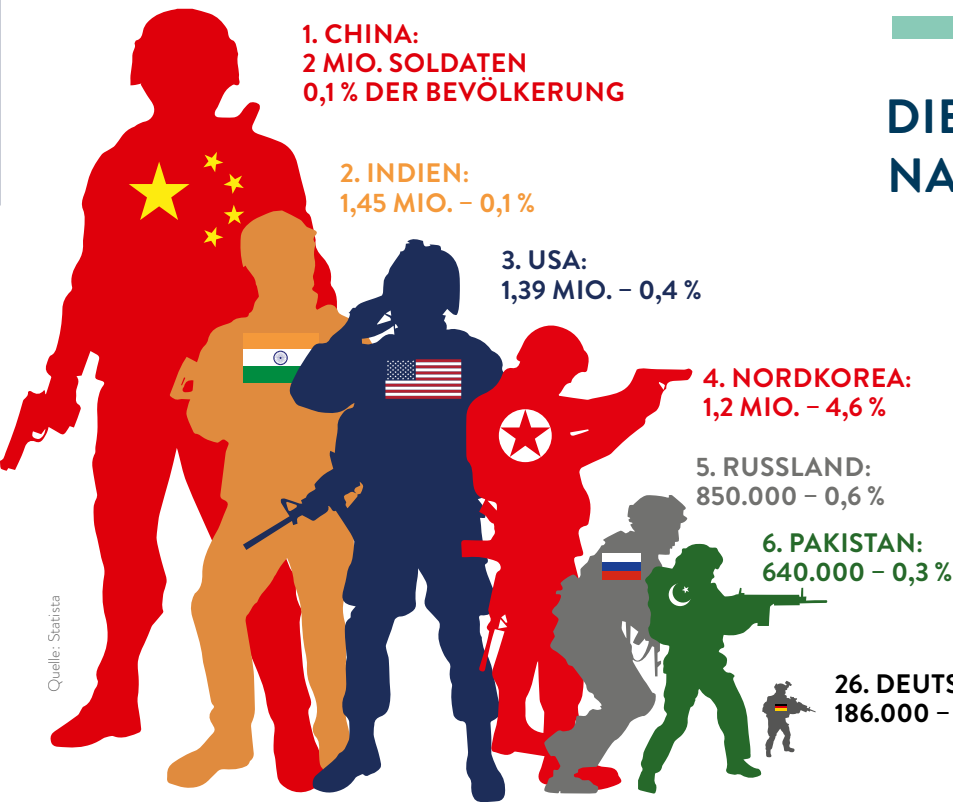
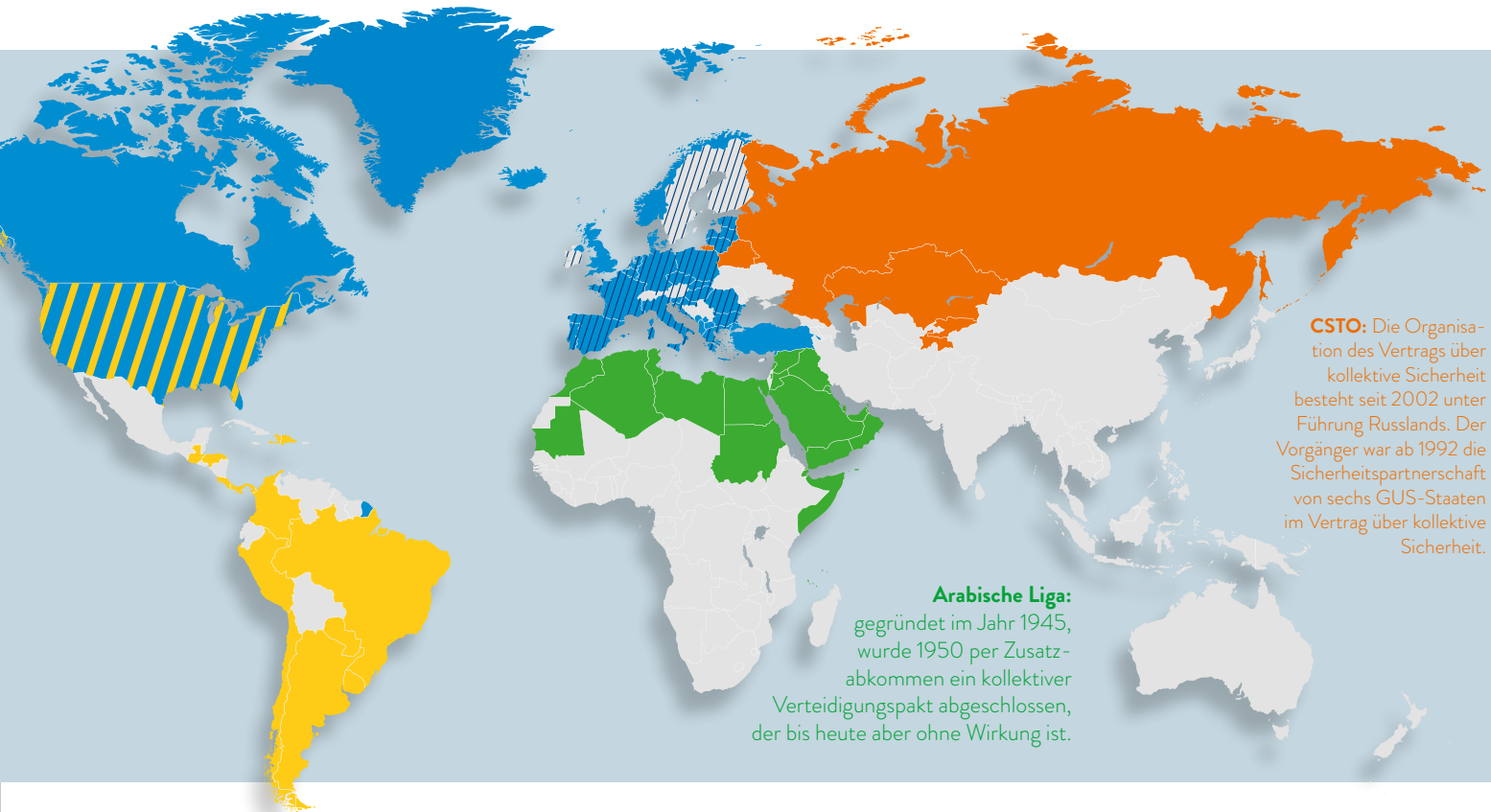
gemeinsame Schutz der eigenen Territorien und eine weltweite politische Stabilität. Beide Ziele – das wissen wir seit Frühjahr dieses Jahres – sind nicht selbstverständlich. Ein Weckruf für die NATO, aber auch die Bundesrepublik. Über Jahre hinweg glaubte man, die Landesverteidigung (also die Bundeswehr) sei ein Relikt des Kalten Krieges und man könne hier Sparpotenziale heben. Jetzt soll die Truppe besser ausgestattet werden. Der ba-juware blickt auf die militärische Lage weltweit.

ANTEIL DER MILITÄRAUSGABEN AM BRUTTOINLANDSPRODUKT DER NATO-STAATEN 2021

Die Zwei-Prozent-Marke der NATO wurde in den letzten Jahren oft genug thematisiert. Vor allem Donald Trump hat Angela Merkel immer wieder aufgefordert, endlich die in der NATO vereinbarten zwei Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben.



DIE WICHTIGSTEN MILITÄRBÜNDNISSE IM ÜBERBLICK



DIE GRÖSSTEN ARMEEN NACH TRUPPENSTÄRKE

UND ANTEIL AN DER GESAMTBEVÖLKERUNG

Die bevölkerungsreichsten Staaten der Erde – China, Indien und die USA – haben auch die Armeen mit den meisten Soldaten. Sie geben auch das meiste Geld für ihr Militär aus (siehe Grafik links). Während Deutschland bei den Ausgaben auf Platz sieben liegt, belegt es bei der Truppenstärke lediglich Platz 26.

CORONA, LIEFERKETTENUNTERBRECHUNGEN, KRIEG:

DROHT EINE REZESSION UND WAS HIESSE DA DIE JUNGE GEN?

Finanzkrise 2008, Eurokrise 2010, Flüchtlingskrise 2015, Corona-Krise 2020, Ukraine-Krieg 2022 – seit knapp 15 Jahren ist die Welt im Dauerkrisenmodus. Bisher hat die Politik stets den Geldbeutel aufgemacht und dafür gesorgt, dass die Krisen nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern ankamen. Doch mit der großen Geldmenge steigt derzeit die Inflation in lange nicht gekannte Höhen. Im kommenden Jahr droht Deutschland eine Rezession. Was bedeutet das für Bürgerinnen und Bürger? Kann die Politik auch das mit dem Scheckbuch regeln? Drohen Arbeitslosigkeit oder sozialer Abstieg?

*Eine Kindheit ohne Krisen in einem friedlichen Europa und mit der Gewissheit, dass es stets aufwärts geht. Das war bisher die Geschichte von **Emilia (28)**. Sie ist Lehrerin auf einer Mittelschule und will mit ihrem Freund gerade eine Eigentumswohnung im Zentrum von Fürth kaufen. Seit Corona spürt sie die Krisen immer näher kommen: zuerst Kontaktbeschränkungen und Abstandsgebote, jetzt die Kinder der ukrainischen Flüchtlinge, die sie in ihren Klassen betreut. Auch wenn sie als Beamtin keine Angst vor Jobverlust haben muss, stellt sie sich Fragen: Kann sie sich mit Inflation und drohender Rezession die geplante Wohnung leisten? Wie steht es um den eigenen Lebensstandard?*

Beim Wocheneinkauf kann man derzeit zusehen, wie die Preise klettern. Rapsöl, Butter, aber auch alle anderen Lebensmittel werden spürbar teurer. Dazu die verteuerten Energiekosten. Die Löhne steigen in der Geschwindigkeit nicht mit, sodass sich die Deutschen unterm Strich weniger leisten können. Glaubt man dem renommierten Münchner ifo-Institut ist die Bergspitze noch nicht erreicht. Die Verbraucherpreise sollen nach prognos-

tizierten 8,1 Prozent in diesem Jahr 2023 noch einmal um 9,3 Prozent steigen.

SONDERVERMÖGEN SIND AUCH SCHULDEN

Im Gegensatz dazu wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2023 wohl um 0,3 Prozentpunkte im Vergleich zu heuer schrumpfen. Der Internationale Währungsfonds sieht Deutschland mit einem leichten Plus beim BIP auch im kommenden Jahr zwar ein wenig besser, aber alle sind sich einig, dass die Wirtschaft praktisch stagniert. Auch kann und wird der Staat nicht mehr versuchen, alle Schwierigkeiten von den Bürgerinnen und Bürgern fernzuhalten, indem er wie bei den letzten Krisen das Portemonnaie öffnet. Schließlich haben Finanz-, Euro- und Flüchtlingskrise, die Corona-Hilfen und die Unterstützung der Ukraine samt aller Begleitumstände die Bundeskasse spürbar geleert. Da hilft es auch nicht, die Ausgaben als „Sondervermögen“ zu bezeichnen. Damit hält die Ampel in Berlin zwar die Schuldengrenze aus dem Grundgesetz ein, aber auch Sondervermögen sind Schulden.

ION?
S FÜR

ERATION?!



Die lockere Geldpolitik der letzten Jahre, die ihren Teil zur Inflation beigetragen hat, ist erst einmal vorbei. Über Jahrzehnte hinweg war es das Ziel der Bundesbank und jetzt der Europäischen Zentralbank (EZB), die Inflation bei „unter, aber nahe bei“ 2 Prozent zu halten. So schafften es Unternehmen, Jahr für Jahr moderat mehr Geld zu verdienen und auch steigende Löhne zu ermöglichen. Der Wohlstand war also gesichert.

Gerät dieses Gleichgewicht außer Kontrolle, entsteht Inflation (manchmal auch Deflation). Ist also viel Geld im Umlauf und haben die Menschen viel davon zur Verfügung, steigt der Konsum. Können die Unternehmen die steigende Nachfrage nicht bedienen, erhöhen sie die Preise für ihre Waren und Dienstleistungen und „verdienen“ bei gleicher Leistung mehr.

EZB ALS HÜTERIN EINER STABILEN WÄHRUNG

Diese Inflation steuert die EZB über die Menge an Geld, das sie in Umlauf bringt oder zurückholt. Als Steuerungsinstrument dient der Leitzins, also der Zinssatz, zu dem sich die Banken bei der EZB Kredite holen oder Geld anlegen. Natürlich geben die Banken schlechtere Zinskonditionen, die sie von der Zentralbank bei einer Steigerung des Leitzinses bekommen, an ihre Kunden weiter.

Wurde in den letzten Jahren mit den Corona-Hilfen viel Geld in Umlauf gebracht, entwickeln sich die Preise jetzt nach oben. Die Lieferkettenschwierigkeiten quer durch alle Branchen sorgen für ein knappes Angebot. Spürbar ist das unter anderem in der Baubranche, deren Preise in den letzten zwei Jahren deutlich gestiegen sind. Mithilfe einer Leitzinsanhebung will die EZB die Geldmenge jetzt wieder verringern. Kredite werden also teurer. Um beim Beispiel Hausbau zu bleiben: Die Baupreise sind hoch und die Kredite sind teuer – was für viele zur Folge hat, dass sie sich einen Hausbau oder Wohnungskauf derzeit nicht leisten

„
2,9
Billionen
liegen auf dt. Sparbüchern

können, da die Vergaberichtlinien bei Immobilienkrediten wieder strenger ausgelegt werden. Die hinterlegte Sicherheit spielt einfach wieder eine größere Rolle.

AUCH STAATSSCHULDEN WAREN IN DEN LETZTEN JAHREN GÜNSTIG

Ähnlich ergeht es übrigens auch dem Staat. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den großen Schuldern im Land. Steigende Zinsen bedeuteten hier ebenfalls steigende Zinszahlungen, die aus dem laufenden Haushalt zu tätigen sind. Erhöht der Staat seine Einnahmen über Steuern nicht, verbleibt für andere Ausgaben folglich weniger Geld. Der Staat hat einerseits kein Interesse an einer hohen Inflation und den zugehörigen Zinssteigerungen. Schließlich war es auch für die BRD in den letzten Jahren ein Leichtes, sich bei Banken oder

über Staatsanleihen bei den Bürgerinnen und Bürgern Geld zu leihen.

Phasen mit hoher Inflation gab es in Deutschland immer wieder (siehe Infobox auf Seite 18). Als Beispiel dient die Energiekrise Mitte der 1970er-Jahre. Die expansive Geldpolitik in den westlichen Ländern sorgte damals bereits für eine hohe Inflationsrate, die infolge der Ölkrise 1973/74 noch weiter nach oben schnellte. Damals reduzierten die OPEC-Staaten die Fördermengen und ein knappes Angebot an Heizöl und Treibstoff ließ die Preise steigen. Das Rezept des Staates war damals die Reduktion im Verbrauch: der so oft zitierte autofreie Sonntag, an dem die Menschen auf den Autobahnen spazieren gingen.

2 PROZENT BEDEUTEN PREISSTABILITÄT

Für die Bundesbank war das ihr erster „großer Einsatz“, um zur Stabilität im Land beizutragen. Als unabhängige Institution war sie der Sicherung des Geldwertes verpflichtet. Und sie hat ihre Ar-



beit gut gemacht, denn der Staat konnte die Geldpolitik in der Folge nicht vereinnahmen. Wie erfolgreich das Modell Bundesbank ist, zeigt die Tatsache, dass für die mit der Einführung des Euros nötig gewordene Europäische Zentralbank das Deutsche Institut Pate stand.

Nach Definition des Eurosystems herrscht Preisstabilität, wenn der gemessene Anstieg der Verbraucherpreise im Euro-Währungsgebiet gegenüber dem Vorjahr auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2 Prozent liegt. Seit seinem Bestehen hat das Eurosystem für stabile Preise gesorgt und der Euro hat sich auch als eine nach außen stabile Währung erwiesen. Doch Corona-Krise und seit Februar dieses Jahres der Krieg in der Ukraine sind auch für den stabilsten Euro zu viel. Die Preise steigen und mit ihnen die Unsicherheit bei den Menschen.

2,9 BILLIONEN LIEGEN AUF DEUTSCHEN SPARBÜCHERN

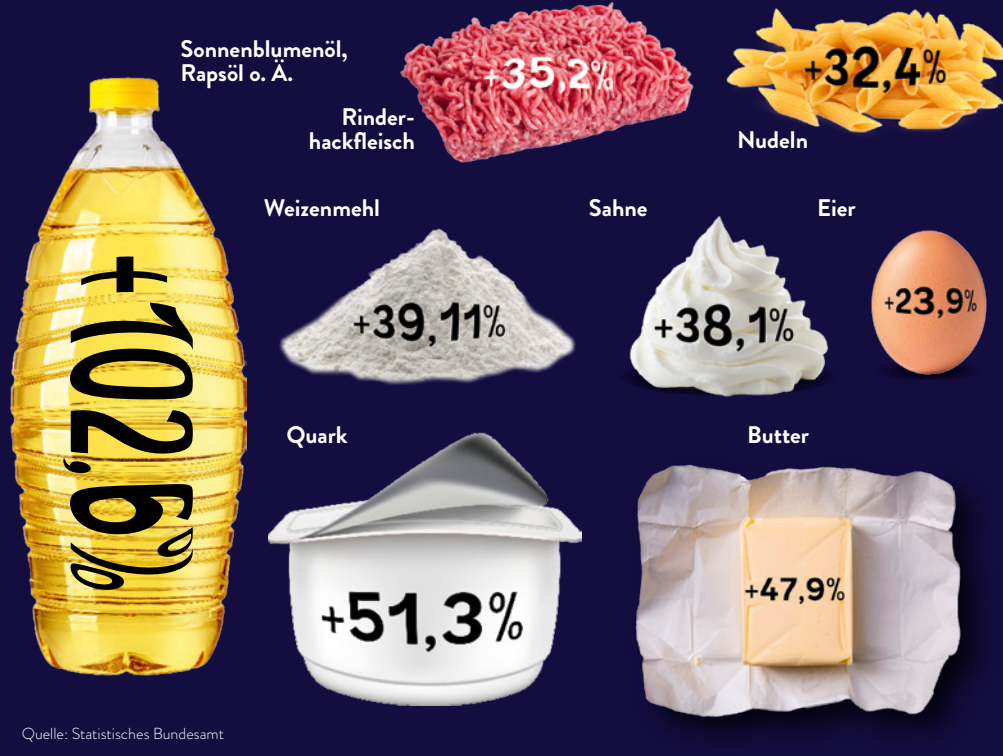
Welche Auswirkungen haben die aktuellen Entwicklungen auf die Deutschen im Speziellen? Die Bundesbürgerinnen und -bürger waren seit dem Wirtschaftsaufschwung in den 1950er-Jahren ein sparsames Volk. Mit dem Sparbuch schafften sie sich kleine Reichtümer für Anschaffungen. Alle Versuche, auch alternative Anlageformen zu etablieren, waren nur mäßig erfolgreich: Der Volksaktie der Telekom, Aktienfonds und Kryptowährungen stehen die Deutschen kritisch gegenüber.

Dabei gab es auch schon mit den Spareinlagen schlechte Erfahrungen, die sich auch ins Gedächtnis gebrannt haben. Die Hyperinflation 1923 hat massenhaft Geld vernichtet und traf dabei vor allem die Mittelschicht. Diese Erfahrungen und die niedrigen Zinsen der letzten Jahre machen Sparen unattraktiv. Dennoch waren in Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im vergangenen Jahr mehr als 2,9 Billionen Euro unter anderem auf Giro- oder Tagesgeldkonten geparkt oder im Zinsmarkt investiert.

Faktisch verlieren diese Spareinlagen Tag für Tag an Wert. Man nennt es schleichende Entwertung, wenn man für die Geldanlage weniger Zins bekommt, als die Inflation an Kauf-

DIESE LEBENSMITTEL SIND JETZT DEUTLICH TEURER

Veränderung der durchschnittlichen Lebensmittelpreise im Juli 2022 gegenüber Vorjahresmonat



kraft kostet. Zwar steigt durch die Zinsen die Zahl im Sparbuch Jahr für Jahr, aber durch die Preissteigerung bei Waren und Dienstleistungen könnte man dafür faktisch weniger kaufen. Im Widerspruch zu steigenden Zinsen (siehe früher im Text) ist der Staat beim Blick auf die Inflation der größte Gewinner: Sind die Zinsen, zu denen er sich Geld geliehen hat, niedriger als die Inflation schmelzen die Schulden auf wundersame Weise dahin.

ALTERNATIVE ANLAGEFORMEN GEFRAGT

Seit Jahren ist Sparen also nicht wirklich attraktiv. Zuerst niedrige Zinsen, jetzt eine hohe Geldentwertung. Es scheint, als wäre es sinnvoll, das Geld direkt auszugeben. Auch wenn diese Strategie auf den ersten Blick logisch klingt, so greift sie doch zu kurz. „Die Rente ist sicher“, sagte einst Norbert Blühm, doch heute weiß man: sie reicht nicht, um den Lebensstandard zu halten. Junge Generationen müssen selbst einen großen Teil zu ihrer Altersvorsorge beitragen. Dazu sollten sie schon früh Geld zur Seite legen, denn je später man mit der Vorsorge

beginnt, desto höher sind die Beträge, die man zur Seite legen muss.

Aber wo macht Geldanlage heute Sinn? Die Stiftung Warentest hat sich im Oktober mit Geldanlagestrategien in der Inflation beschäftigt. Das Ergebnis macht nicht glücklich, zeigt aber Möglichkeiten auf. So kann man langfristig in Aktien investieren, denn auf lange Sicht entwickeln sich die Unternehmen nach vorne, wovon man als Anleger profitieren kann. Vor allem bei einem kurzfristigen Engagement unterliegen Aktienanlagen hohen Schwankungen. Wer zum Berufseinstieg schon in die Rentenvorsorge investieren will, kann das auch mit einem ETF-Sparplan tun. Dabei wird das Vermögen breit in Aktien angelegt und so das Risiko gestreut.

Ob Kryptowährungen ein attraktives Investment sind, muss jeder für sich entscheiden. Faktisch sind sie äußerst spekulativ und verlieren seit dem Frühjahr deutlich an Wert. Der Höchststand am 10. November 2021 lag bei 59.900,49 Euro, während ein Bitcoin heute noch mit rund 16.000 Euro im Kurs steht. Auch

wenn die Inflation dem Ertrag auf die Pelle rückt, sorgen Zinsanlagen für Stabilität und die nötige Liquidität im Portfolio. Nicht zuletzt können Sachwerte laut Stiftung Warentest ebenfalls mit einem langfristigen Wertzuwachs rechnen. Dazu zählen handfeste Dinge wie Kunst, Edelmetalle oder Sammelgegenstände. Die tatsächliche Wertentwicklung lässt sich aber erst hinterher feststellen.

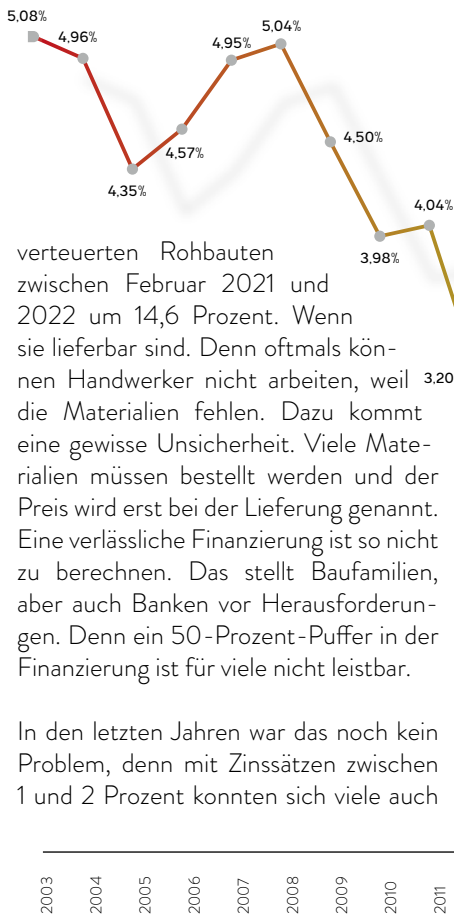
IST BETONGOLD SICHER?

Handfest sind auch Immobilien – scheinbar der Inflationsschutz in seiner puren Form. Doch auch hier spielen zahlreiche Faktoren zusammen, die es kompliziert machen. Aktuell gibt es keine KfW-Zuschüsse, die Kreditzinsen sind extrem gestiegen und die Baupreise sind hoch – so die landläufige Meinung. Letzteres stimmt sogar. Wohnungen, Ein- und Zweifamilienhäuser waren 2010 nur halb so teuer wie heute.

Die Preissprünge bei den Baumaterialien

Effektivzinssätze für Wohnungsbaukredite an private Haushalte in Deutschland

mit mittel- bis langfristiger Zinsbindung von 2003 bis 2022
(Stand: Ende August; Quelle: Deutsche Bundesbank)



verteuerten Rohbauten zwischen Februar 2021 und 2022 um 14,6 Prozent. Wenn sie lieferbar sind. Denn oftmals können Handwerker nicht arbeiten, weil die Materialien fehlen. Dazu kommt eine gewisse Unsicherheit. Viele Materialien müssen bestellt werden und der Preis wird erst bei der Lieferung genannt. Eine verlässliche Finanzierung ist so nicht zu berechnen. Das stellt Baufamilien, aber auch Banken vor Herausforderungen. Denn ein 50-Prozent-Puffer in der Finanzierung ist für viele nicht leistbar.

In den letzten Jahren war das noch kein Problem, denn mit Zinssätzen zwischen 1 und 2 Prozent konnten sich viele auch



Bei aktuellen Zinsen können sich viele kein Haus mehr leisten.

Wohnungsbaukredite in Höhe einer halben Million Euro oder noch mehr leisten. Seit Januar dieses Jahres haben sich die Zinsen jedoch annähernd verdreifacht (siehe Grafik unten). Statt bei 1,26 Prozent liegen sie im November bereits deutlich über 3 Prozent bei einer Zinsbindung von zehn Jahren.

IMMOBILIENKREDITE IMMER NOCH BILLIGER ALS VOR 20 JAHREN

Doch trotz der Steigerung sind die Kreditkonditionen immer noch günstiger als vor 20 Jahren. Damals bewegte man sich um die 5 Prozent. Höhere Zinsen verteuern die Kredite, sorgen für eine höhere Rate oder längere Tilgungszeiten. Da spielen Banken oftmals nicht mehr mit und so konnte man im Frühjahr die Träume vom Eigenheim platzen sehen wie Seifenblasen an einem Kindergeburtstag.

Glücklich, wer vor drei bis fünf Jahren zu günstigen Zinskonditionen und vielleicht mit hohen KfW-Zuschüssen die eigenen vier Wände finanziert hat. Deren Schulden schwinden durch die Geldentwertung wie die Ersparnisse auf der anderen Seite. Wer jetzt in Sachwerte, wie Immobilien einsteigen will, sollte diese genau bewerten. Ist die Lage wirklich attraktiv? Steigt der

Immobilienwert tendenziell? Dann kann der Einstieg trotz hoher Inflation und Zinsen lohnen.

Allerdings sollte man sich genau mit der Finanzierung beschäftigen.

Denn vielleicht sind Wohnungsbaukredite mit kürzeren Laufzeiten sinnvoller, um dann wieder günstigere Konditionen zu nutzen.

CORONA UND UKRAINE SORGEN FÜR DOPPELTEN EFFEKT

Die Kreditraten dürfen jedoch nicht alleine betrachtet werden, denn eine 100 Euro höhere Kreditrate kann man vielleicht noch stemmen, wenn sich sonst nichts verändert. Zusammen mit den Zinsen steigen aktuell aber auch die Lebenshaltungskosten – eine Herausforderung, vor der nahezu alle stehen. Am deutlichsten merken es viele bei den Heizkosten im jetzigen Winter: Heizöl, Gas, Pellets, Strom – alles ist in den letzten Monaten sehr viel teurer geworden. Das liegt zum einen am Ukraine-Krieg und dem geringeren Angebot an fossilen Brennstoffen, zum anderen aber auch an der Corona-Krise im Vorjahr. Zu der Zeit fuhr extrem wenige Menschen mit ihren Autos, sodass die Nachfrage nach Treibstoffen gering und damit die Preise niedrig waren. Jetzt zieht die Nachfrage wieder an, sodass die Preisnormalisierung mit dem Krieg zusammenfällt und für Kostensprünge sorgt. Insgesamt sind die Lieferketten nach Corona noch nicht so straff, wie man es vor der Pandemie kannte. Das wiederum führt zu Engpässen in der Materialversorgung. Kommen dann noch sogenannte Hamsterkäufe dazu, führt das – wie beim Sonnenblumen- oder Rapsöl – schon mal zu Preisverdoppelungen (siehe Grafik auf Seite 13).

Auch wenn die 100-Prozent-Steigerung die Ausnahme ist, merken die Bürgerinnen und

Bürger doch bei jedem Einkauf, dass der Warenkorb teurer wird. Lassen sich die Ausgaben für Miete, Heizung und Lebensmittel nicht reduzieren, denken viele darüber

WAS IST INFLATION?



ALLGEMEINER PREISANSTIEG

In einer Marktwirtschaft können sich die Preise von Waren und Dienstleistungen immer wieder ändern. Manche Produkte werden teurer, andere billiger. Steigen die Preise von Waren und Dienstleistungen allgemein und nicht nur die Preise einzelner Produkte, so bezeichnet man dies als Inflation. Dann kann man heute mit 1 € nicht so viel kaufen wie noch gestern. Anders gesagt: Durch Inflation sinkt mit der Zeit der Wert einer Währung.

EINIGE PREISÄNDERUNGEN HABEN EINE STÄRKERE GEWICHTUNG ALS ANDERE

Bei der Berechnung des durchschnittlichen Preisanstiegs wird den Preisen von Produkten, für die wir mehr Geld ausgeben (z. B. Strom), ein größeres Gewicht beigemessen als den Preisen von Produkten, für die wir weniger Geld ausgeben (z. B. Zucker oder Briefmarken).

UNTERSCHIEDLICHE KAUFGEWOHNHEITEN

Jeder private Haushalt hat andere Gewohnheiten, wenn es darum geht, Geld auszugeben: Einige Menschen haben ein Auto und essen gerne Fleisch, andere fahren immer mit Bus und Bahn und ernähren sich vegetarisch. Die durchschnittlichen Ausgabegewohnheiten aller privaten Haushalte zusammengenommen bestimmen, wie viel Gewicht die einzelnen Produkte und Dienstleistungen bei der Messung der Inflation erhalten.

Um die Inflationsrate zu bestimmen, wird ein fiktiver Warenkorb aus allen Waren und Dienstleistungen gebildet, die private Haushalte während eines Jahres konsumieren bzw. in Anspruch nehmen. Hierzu zählen beispielsweise:

- Alltagsprodukte (wie Lebensmittel, Zeitungen und Benzin)
- Gebrauchsgüter (wie Kleidung, Computer und Waschmaschinen)
- Dienstleistungen (wie Friseur, Versicherungen und Mietzahlungen).

Jedes Produkt in diesem Warenkorb hat einen Preis, der sich mit der Zeit ändern kann. Die jährliche Inflationsrate entspricht der prozentualen Veränderung des Preises für den gesamten Warenkorb in einem bestimmten Monat im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres.

INFLATION IM EURORAUM

Im Euroraum wird der allgemeine Anstieg der Verbraucherpreise mithilfe des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessen. „Harmonisiert“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass alle Länder der Europäischen Union dieselbe Methode anwenden. Dadurch sind die Daten der verschiedenen Länder miteinander vergleichbar.

Anhand des HVPI lässt sich gut beobachten, wie sich die Preise in einer Volkswirtschaft entwickeln. Er unterstützt die Europäische Zentralbank (EZB) dabei, die richtigen Zinsentscheidungen zu treffen. Denn Aufgabe der EZB ist es, stabile Preise zu gewährleisten. Darunter versteht die EZB, dass die Inflation – also die Rate, mit der sich die Preise mit der Zeit verändern – niedrig, stabil und berechenbar bleibt: und zwar mittelfristig bei 2 Prozent.

Quelle: EZB



nach, was sie gerade wirklich brauchen. Die Anschaffung eines neuen Handys, eines Autos oder Ähnlichem wird immer öfter verschoben, um das „Geld beisammenzuhalten“.

UNTERNEHMEN SPÜREN INFLATION DOPPELT

Das ist für Unternehmen wiederum ein Dilemma. Wie bei den Privatpersonen steigen die Ausgaben für Energie und Logistik. Nicht in allen Branchen lassen sich diese Preissteigerungen weitergeben wie bei den Lebensmitteln. Gerade in Märkten mit einem intensiven Preiswettbewerb können nur die stärksten Unternehmen höhere Preise durchsetzen. Marktstellung und Wettbewerbsfähigkeit sind in inflationären Phasen besonders wichtig. Darüber hinaus sollten Unternehmen ihre Konkurrenten kennen und wissen, wie diese reagieren werden. Eigentlich sind diese Punkte Grundwissen eines jeden Betriebswirtschaftlers. Und doch fällt es in den Hochphasen wirtschaftlichen Erfolgs schwer, sich auch darauf zu konzentrieren.

Firmen, die von wenigen Lieferanten abhängig sind, stehen vor der Gefahr, ihre Vorprodukte teurer einzukaufen, während sie selbst für die eigenen Produkte keine höheren Preise durchsetzen können. Ein Dilemma, das viele Unternehmen über eine gewisse Zeit aushalten können, aber es nagt an der Substanz des Unterneh-

mens. Bei einer allgemeinen Teuerung von zum Beispiel 8 Prozent reichen Preiserhöhungen um 8 Prozent nicht aus. Schließlich müssen Unternehmen für Investitionen vorsorgen. Wer dann auch noch sehr kapitalintensiv reinvestieren muss, braucht finanziellen Spielraum. Und wer schon mit hohen Verbindlichkeiten in die inflationäre Phase geht, bekommt wegen steigender Zinsen Schwierigkeiten, neue Kredite aufzunehmen, um neue Anlagen zu kaufen.

”

Eine Staatsschuldenkrise wie vor 10 Jahren gilt es zu vermeiden

Für viele Unternehmer oder Manager spielte die Inflation bis dato keine Rolle. Die Situation ist also neu und der ein oder andere könnte sie unterschätzen – zumal sich die Inflation anfangs sogar angenehm anfühlt. Die großen US-Autobauer kennen die Situation: In den 1970er-Jahren erzielten sie Erlös- und Ertragssteigerungen. Real verloren sie aber an Wert. Wer geringe Abschreibungen auf historische Anschaffungen tätigt und außer Acht lässt, dass nötige Reinvestitionen wesentlich teurer sind, gibt sich der Geldillusion hin: Ich fühle mich reich, obwohl ich es nicht bin.

JOBAUSSICHTEN BLEIBEN GUT

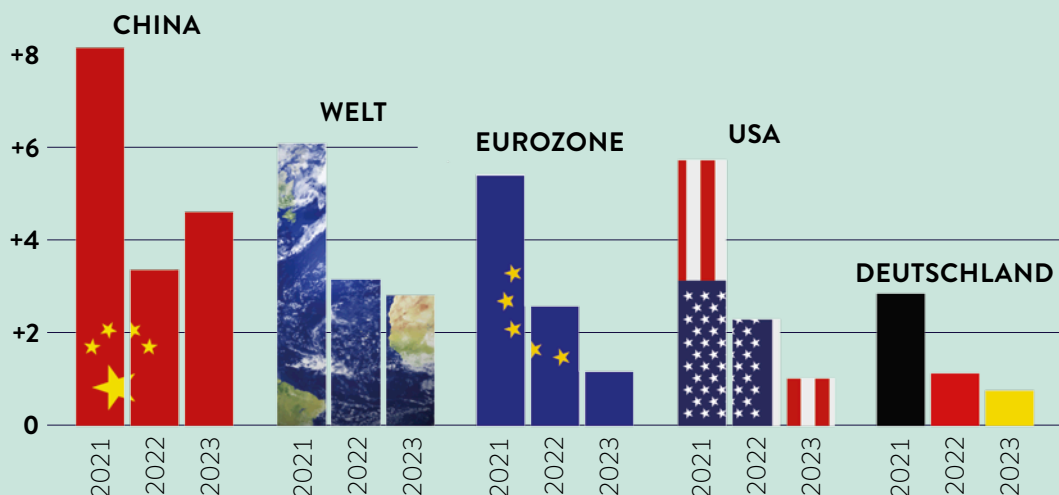
Phasen der Inflation stellen Unternehmen vor große Herausforderungen. Alles sollte hinterfragt werden: Preissetzung, Einkauf, Investitionsentscheidungen – das gesamte Geschäftsmodell. Wer zu schwach ist, scheidet vielleicht auch aus dem Markt aus oder wird vom Marktführer übernommen. Auf der anderen Seite legen schwierige Zeiten – wie wir sie gerade durchleben – enorme Kräfte frei. Mitarbeiter und Firmenchefs kommen gleichermaßen aus der Komfortzone und entwickeln sich weiter. Für die deutsche Wirtschaft ist das auch eine Chance, die digitale und nachhaltige Transformation anzugehen.

Dafür braucht es Personal. Und so müssen die wenigsten Arbeitnehmer in der aktuellen Inflation Angst vor einem Jobverlust haben. Das langsamere Wirtschaftswachstum sorgt dafür, dass sich der Fachkräftemangel der vergangenen Jahre ein klein wenig entspannt. Der Mangel ist aber keineswegs vorbei. Kein Unternehmer will – sobald die Nachfrage wieder anzieht – vor der Herausforderung stehen, Stellen besetzen zu müssen, die er zuvor abgebaut hat. Welcher Arbeitnehmer würde wohl zum alten Job zurückkehren? Das bedeutet für die meisten Arbeitnehmer eine sehr sichere und komfortable Situation.

TRÜBE

Aussichten für die Weltwirtschaft

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorjahr (in %); 2023 = Prognose



Quelle: IWF

POLITIK HÄLT SICH ZURÜCK

Über die Möglichkeiten und die Rolle der EZB haben wir bereits gesprochen. Mit großen Zinsschritten bis zu +0,75 Prozent hat sie in den vergangenen Monaten bereits deutliche Signale gesetzt. Es ist immer eine Gratwanderung zwischen Reduzierung der Geldmenge mit höheren Zinsen und einem Abwürgen der Wirtschaft, wenn das zu schnell passiert. Im Wesentlichen ist Inflation auch immer eine Wette auf die Zukunft. Je nachdem, wie große Teile von Wirtschaft, Politik und Bevölkerung die künftige Entwicklung prognostizieren, geht es schneller oder langsamer aufwärts.

Das können Bürgerinnen und Bürger gerade noch nicht einschätzen. Auf der einen Seite kümmert sich die Bundesregierung um die Eindämmung der Preise – vor allem bei der Energie. Auf der anderen Seite soll vor allem Windkraft enorm ausgebaut werden. Die Menschen gehen davon aus, dass Energie auf absehbare Zeit doch nicht so billig wird, wie sie sich das wünschen würden – und das sorgt wiederum für Zurückhaltung beim Konsum.



Anders als noch in der Corona-Pandemie halten sich die EU-Staaten mit großen Hilfspaketen zurück. Ebenso mit Investitionsprogrammen des Staates, die die Nachfrage ankurbeln. Schließlich würde noch mehr Geld im System die Inflation noch höher treiben. Deshalb hat für die 27 EU-Finanzminister die Inflation bekämpfung Priorität. Einzig eine Unterstützung für Menschen mit niedrigen Einkommen wäre vorstellbar, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten schultern zu können.

Inwieweit die Hilfen der Bundesregierung in der Energiekrise zu breit angelegt sind, darüber lässt sich streiten. EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni erklärte dazu bei der EU-Finanzministertagung in Prag im September: „Die Maßnahmen könnten gezielter auf die am stärksten leidenden Haushalte und Firmen zugeschnitten sein.“ Schließlich hätten nicht nur die „untersten“, sondern auch Haushalte aus der Mittelschicht Probleme.

LICHTBLICK ERZEUGERPREISE

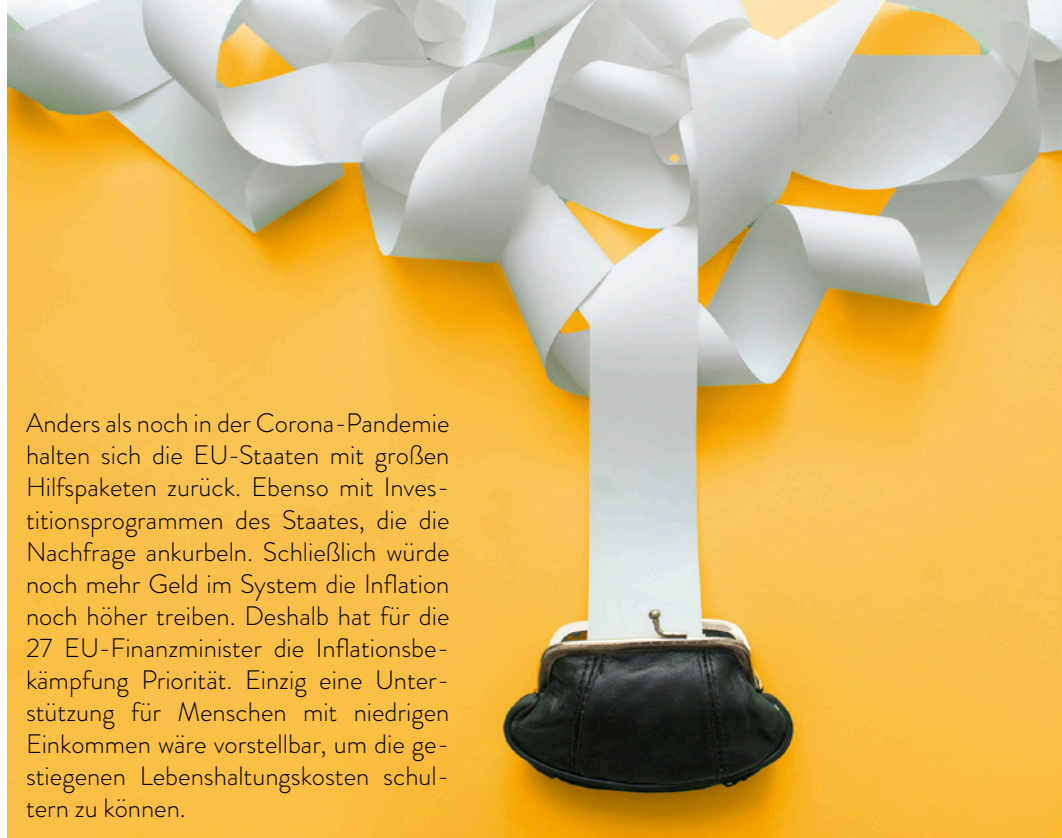
Für die EU ist es ein Drahtseilakt zwischen Hilfe und Eindämmung der Staatsschulden, die bereits während Corona ins Unermessliche gestiegen sind. Eine Staatsschuldenkrise wie vor zehn Jahren gilt es zu vermeiden. Dazu soll der EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt reformiert werden. In ihm ist auch die Obergrenze des jährlichen Haushaltsdefizits von maximal 3 Prozent der Wirtschaftsleistung festgeschrieben. Der ist gerade außer Kraft und soll frühestens 2024 wieder gelten.

Das Zusammenspiel der einzelnen Player, der staatlichen oder EU-Institutionen und der Wirtschaft, ist – so kann man festhalten – sehr komplex. Viele Teilaspekte spielen ineinander. Wie sehr sich die Inflation im Land festsetzt, hängt laut Institut der deutschen Wirtschaft vor allem davon ab, wie die Bundesrepublik

durch diesen Winter kommt. Sind die Gasspeicher im Frühjahr 2023 noch gut gefüllt, könnte sich die Inflation schnell verabschieden. Je leerer sie sind, desto schwieriger wird die Situation für Bürger und Wirtschaft auch im nächsten Jahr sein.

Ein anderer Teilaspekt lässt Licht am Ende des Tunnels erkennen: Die Erzeugerpreise, also die Preise, die Produzenten für Vorprodukte wie Rohstoffe und Industrieerzeugnisse verlangen, sind erstmals seit Mai 2020 wieder gesunken – um 4,2 Prozent gegenüber September. Während führende Wirtschaftsinstitute erst im zweiten Quartal 2023 mit einer sinkenden Inflationsrate rechnen, hofft der Düsseldorfer Ökonom Prof. Dr. Jens Südekum auf eine schnellere Erholung. Gegenüber dem Handelsblatt erklärte er, dass „der überraschend starke Rückgang der Erzeugerpreise ein Vorbote für die Überschreitung des Inflationshöhepunkts“ sein könnte.

*Die Komplexität des Themas trägt für Emilia nicht zur schnelleren oder leichteren Entscheidungsfindung bei. Eine Wohnung kaufen oder abwarten? Wie schnell flaut die Inflation ab? Sinken die Preise? Letzteres lässt sich beim Wohnungskauf mit ziemlicher Sicherheit sagen: Nein! Und deshalb kümmert sich **Emilia** mit ihrem Freund um eine Eigentumswohnung: Suchen, finden, finanzieren, wohnen, abbezahlen.*



INFLATION IN DEUTSCHLAND

Phasen mit hoher Inflation gab es in Deutschland immer wieder. Besonders schwer traf es Deutschland zum Ende des Ersten Weltkrieges. Zu hohen Staatsschulden aus den Kriegsjahren kamen enorme Ausgaben, um das Land sozial, wirtschaftlich und damit auch politisch zu stabilisieren. Nicht zuletzt forderten die Siegermächte nach 1918 hohe Reparationszahlungen. Der Staat nahm immer mehr Kredite auf, die umlaufende Geldmenge wurde mehr und mehr, aber das Güterangebot stieg nicht in gleichem Maße. Aus der Inflation wurde eine galoppierende Inflation und ab 1923 war sie so hoch, dass man sie Hyperinflation nannte.

Während des Zweiten Weltkrieges finanzierte das Regime die Kriegsführung mit einer starken Geldmengenausweitung.

Preisstopps, Lohnfestsetzungen, Rationierungen und Bezugsscheine verhin- derten, dass die Inflation sichtbar wurde. Trotzdem mündete die massive Geldentwertung 1948 in eine Währungsreform, bei der die D-Mark eingeführt und im Verhältnis 1 zu 10 gegen Reichsmark eingetauscht wurde. Sparer und Besitzer von Geldvermögen sahen sich zu einem guten Teil enteignet.

In den 1970er- bis Mitte der 1980er- Jahre war die Inflation in sämtlichen Industrieländern auf hohem Niveau. Die Ursachen waren vielfältig. Die USA blickten nach dem teuren Vietnamkrieg und den Kosten für eine umfassende Sozialreform auf ein enormes Haushaltsdefizit. Die Notenbank versuchte dies mit niedrigen Zinsen zu finanzieren und die Wirtschaft aus der Rezession zu führen.

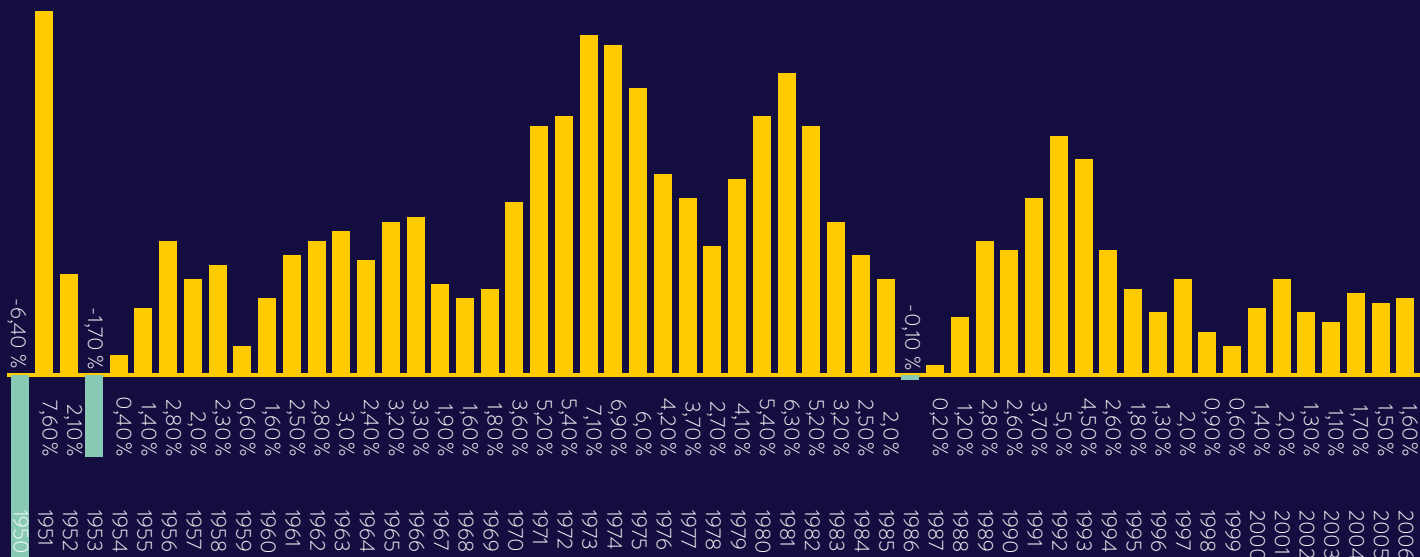
Eine hohe Nachfrage führte in der Folge zu steigenden Löhnen und Verbraucherpreisen.

Die beiden Ölkrisen 1973/74 und 1979/80 sorgten vor allem in Deutschland für Preisschocks bei Öl und Nahrungsmitteln. Steigende Inflationserwartungen und hohe Lohnforderungen führten in diesem Zusammenhang zu einer anhaltenden Inflation.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war im Bretton-Woods-System eine internationale Währungsordnung vereinbart worden. Dort wurden für die Wechselkurse Bandbreiten definiert, die vom US-Dollar als Ankerwährung dominiert waren. Die Vorteile der flexiblen und festen Wechselkurssysteme sollten hier vereint werden. Zur Kontrolle und Durchsetzung des

INFLATIONSRATE

in Deutschland von 1950 bis 2021 und Prognose bis 2024

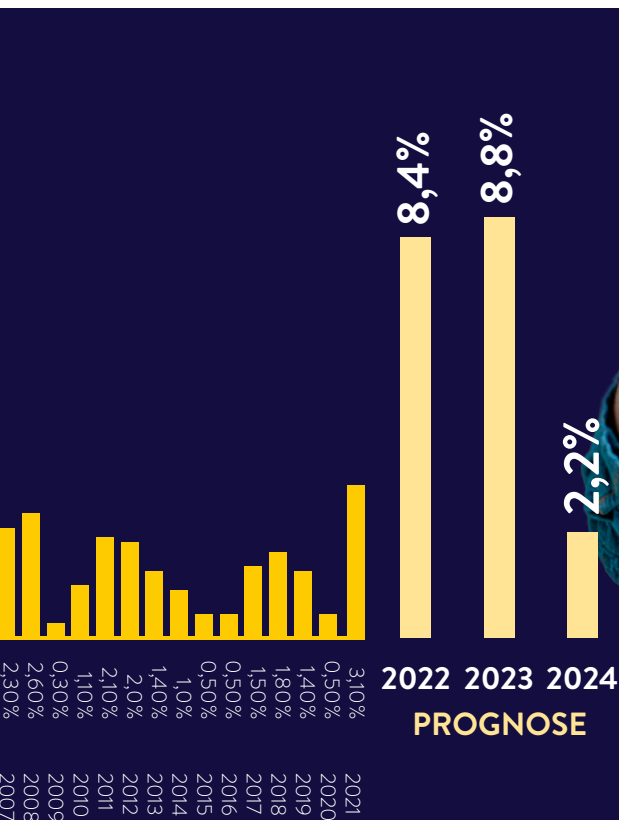


Abkommens wurden Weltbank und Internationaler Währungsfonds geschaffen. 1973 scheiterte das System und gab damit der Bundesbank mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Mit einer restriktiven Geldpolitik, also höheren Zinsen und der Verknappung der Geldmenge, stoppte man die Folgen des ersten Ölpreisschocks 1973 relativ schnell.

Zuletzt überstieg die Inflation 1992 die 5-Prozent-Marke. Damals löste die Wiedervereinigung einen Nachfrageboom aus, der die Preise steigen ließ. Die Stabilität und Konsequenz, mit der die Bundesbank die D-Mark führte, waren das Vorbild für die Europäische Zentralbank (EZB).



HALT!
STOP!



Quelle: Statistisches Bundesamt

PRO UND CONTRA

Die Energiepreise steigen – deshalb mehren sich die Stimmen, die eine Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne und insbesondere Unternehmen aus der Energie- und Logistikbranche fordern, da diese überproportional von der Krise profitieren. Die Steuer soll besonders hohe Gewinne abschöpfen. Kritiker warnen vor unvorhersehbaren Folgen. Ist die Übergewinnsteuer also notwendiges Mittel oder eine üble Fehlentwicklung?



Alarm, Übergewinnsteuer! Ein erprobtes Kriseninstrument von bekennenden Kommunisten – wie z. B. der konservativen Magie Thatcher. Höchst albern ist also das Argument, die Übergewinnsteuer sei die rote Rutschbahn in den Sozialismus. Man kann diese Steuer ablehnen, so wie man grundsätzlich jede Steuer ablehnen kann – die Frage ist allein, welche Begründung hinter dieser Haltung steckt. Klar ist: Der hohe Gewinn der Energieunternehmen fußt einzig auf dem Umgang der westlichen Politik mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine. Ohne das Eingreifen der Politik, ohne Sanktionen gegen Russland hätten Gas- und Strompreise nicht die beobachteten Höchststände erreicht.

Wer nun marktliberal meint, man dürfe Gewinne nicht übermäßig sozialisieren, muss konsequent auch die Sozialisierung von Verlusten in Form von Schutzschirmen, Preisbremsen, Notkrediten etc. ablehnen, denn in beiden Fällen stört der Staat die Kreise des Marktes. Hut ab, wer so etwas öffentlich verkündet, und viel Glück damit. Wenn wir nun aber ungewöhn-

lich hohe (nicht verschuldete) Verluste sozialisieren, dann sollten wir auch ungewöhnlich hohe (nicht erarbeitete) Gewinne sozialisieren. Aus Gründen der Fairness und der Logik.

Wirtschaft ist kein Naturgesetz, sie existiert nicht aus sich selbst heraus oder für sich selbst, sondern ist das Mittel zum Zweck der allgemeinen Wohlstandsmehrung. Wenn durch einen exogenen Schock und politisches Handeln ein Zustand hergestellt wird, wo Arme schlagartig ärmer werden, dann muss die Frage erlaubt sein, ob ebenjene Politik erneut eingreift, um die Schieflage zu beseitigen, die weder die Bürger noch die Unternehmen zu verantworten haben. Fraglich aber ist, ob eine linke Regierung wie die Ampel die Ausnahme von der Regel zu unterscheiden vermag – ich bezweifle das. Übergewinnsteuer ja, aber nur von einer ansonsten wirtschaftsliberalen Regierung.

Julia Grote
Mitglied im JU-Landesausschuss,
Co-Vorsitzende Antragskommission



Der Impuls ist nachvollziehbar: In schwierigen Zeiten wird ein helfender Staat ersehnt. Während auf die meisten Menschen und Unternehmen außergewöhnliche Belastungen zukommen, gibt es manche, die – unverhofft – von den Krisen profitieren. Diese „Krisengewinnler“ sollten sich also solidarisch zeigen und einen besonderen Beitrag zum Gemeinwohl erbringen – warum nicht durch eine Übergewinnsteuer?! Es gibt historische Vorbilder für Übergewinnsteuern, die EU-Kommission sieht in ihnen ein probates Mittel und große Teile der Bevölkerung sind dafür.

Gegen eine Übergewinnsteuer in Deutschland lassen sich zunächst verfassungsrechtliche Bedenken anführen, insbesondere: Wäre diese Steuer mit den Vorgaben des allgemeinen Gleichheitssatzes vereinbar? Und dürfte eine Übergewinnsteuer auf (Über-)Gewinne der Vergangenheit angewendet werden (Rückwirkungsverbot)? Ist eine Übergewinnsteuer rechtlich ja, ist sie denn nötig? Die Steuerschätzungen für die kommenden Jahre stellen ein deutliches Anwachsen der Steuereinnahmen in Aussicht, und aktuell liegt die Staatsquote in Deutschland eh bei über 50 Prozent. Hat unser Staat nicht ausreichend Einnahmen, mit denen er sich begnügen sollte?

Zu guter Letzt: Wer ein Unternehmen führt, geht Risiken ein: die Gefahr von Verlusten und die Chance auf Gewinne. Verluste und Gewinne können extern verursacht sein. Auch Unternehmen haben mal Glück und mal Pech. Es ist daher Aufgabe unternehmerischer Eigenverantwortung, in besonders guten Zeiten für schlechte vorzusorgen und für gewisse Risiken Versicherungen abzuschließen. Es ist keine Staatsaufgabe, unternehmerische Risiken abzufedern. Ein Staat, der „übermäßige“ Gewinne abgreift und „unverschuldete“ Verluste ausgleicht, begibt sich auf einen gefährlichen Weg: Wer soll entscheiden, welche Verluste „unverschuldet“ und welche Gewinne „übermäßig“ sind? Unternehmen, die derzeit besonders profitabel sind, sollten deshalb keine Übergewinnsteuer zahlen, sondern lieber Rücklagen bilden, um nicht bei der nächsten Krise von den Steuerzahlern gerettet werden zu müssen.

Kajetan Haeusgen
Stellvertretender Kreisvorsitzender CSU Schwabing



WILLST DU JEMANDEM DAS LEBEN RETTEN?

Dann bestell' Dir auf dkms.de unser Registrierungsset und gib Blutkrebspatienten eine zweite Chance auf Leben. Denn immer noch findet jeder 10. Blutkrebspatient in Deutschland keinen geeigneten Spender.

Mund auf. Stäbchen rein. Spender sein.

Registrier' Dich jetzt auf dkms.de



HEIMAT. KREATIVITÄT. INNOVATION.





Ein ausrangierter Aktenordner und feinstes italienisches Leder sowie viel Liebe und Handarbeit ergeben die stilvollen Upcycling-Taschen von ad:acta. Alle Unikate werden in traditioneller Handarbeit in Oberfranken gefertigt.
www.adacta-original.de



„Trag dein Herz auf dem Kopf“ – so das Motto des niederbayerischen Labels Bavarian Caps. Neben Caps, Haum und Stirnbandl gibt es auch coole Sweater, Shirts, Schuhe, Socken und Accessoires.
www.bavarian-caps.de



Made and Wohnen aus feinsten Naturfasern – dafür steht Eagle Products seit über 125 Jahren. Schals, Tücher, Plaid und Accessoires aus edlen natürlichen Rohstoffen. Gefertigt in Hof in Bayern gehen sie in alle Welt.
www.eagle-products.de

WEIHNACHTS- GESCHENKE MADE IN BAVARIA!



In der WOIDSIEDEREI entstehen in liebevoller Handarbeit wunderbare Seifen und Badeszusätze aus rein natürlichen Zutaten – allesamt „made im Woid“ bzw. „handgemacht im Bayerischen Wald“.
www.woidsiederei.de

Wer kennt es nicht? Jedes Jahr der gleiche Stress: die Suche nach den perfekten Weihnachtsgeschenken für seine Liebsten. Und Hand aufs Herz – am Ende landet doch wieder der einfallslose Gutschein unter dem Christbaum. Dabei gibt es richtig coole Produkte, und noch besser: allesamt von Machern aus Bayern. Von Gin über Upcycling-Taschen bis hin zu Duftkerzen mit dem gewissen Etwas – für jeden Geschmack ist etwas dabei. Lasst euch inspirieren und entdeckt tolle Produkte aus unserer Heimat! Dann kann Weihnachten kommen.



Inspiriert durch die Jahrtausende alte bayerisch-italienische Verbundenheit, steht ACQUA DI BAVIERA für eine neue Parfumkanst aus Bayern. Eine einzigartige Duftwelt prägt die Parfums, Flüssigseifen, Bodycare-Produkte, Duftkerzen und Raumdüfte.
www.acquadibaviera.com



EISVÖGEL GIN – 100 % Regensburger handmade „London Dry Gin“. Aktuell in der Sonderedition „Eisbeer Gold“, limitiert auf 555 Flaschen.
www.eisvogel-gin.de



„Rub in your beard and be happy“ – so das Motto von Beyer's Oil aus dem Chiemgau. Alle Produkte machen das Beste aus dem Bart. Dabei sind alle Inhaltsstoffe zu 100 % natürlich. Und noch besser: handgemacht in Bayern.
www.beyersoil.com



100 % naturrein sowie frei von sämtlichen Parfum- und Zusatzstoffen – das sind die Soyas Duftkerzen der beiden Schwestern Kathrin und Veronika. Das Besondere: Die Soyas Duftkerzen sind mit ätherischen Ölen versetzt und bringen Heilsteine mit.
www.soyes-bykramer.squarespace.com

CHANCE STATT KRISE?! ODER

Erst die Corona-Krise, jetzt die Energiekrise – die Welt befindet sich im Krisenmodus. Ein gefährliches Virus, Krieg, Gasknappheit, Inflation – die Hiobsbotschaften überschlagen sich. Seit dem Jahr 2020 ist eigentlich nichts mehr, wie es einmal war. Unsere sicher geglaubte Welt wurde in ihren Grundfesten erschüttert. Historiker sind sich einig: Eine Zeitenwende hat begonnen. Aber muss das so schlecht sein, wie viele es auf den ersten Blick sehen?

NACHGEFRAGT

bei Prof. Dr. Helmut Schönenberger,
Geschäftsführer UnternehmerTUM GmbH

Erst die Corona-Krise, jetzt die Energiekrise – die Welt befindet sich im Krisenmodus. Welchen Einfluss hat das auf die bayerische Gründerszene?

Prof. Dr. Helmut Schönenberger: Das Umfeld für Start-ups wird damit leider nicht einfacher. Mit der unsicheren wirtschaftlichen Lage ist es für viele Gründungsteams aktuell schwierig, erste Kunden zu gewinnen, denn diese sind vorsichtiger geworden. Auch Investoren sind zurückhaltender und so wird es für Start-ups schwieriger, Venture Capital anzuziehen.

Wird trotz der wirtschaftlich schwierigen Umstände noch genauso stark gegründet wie z. B. vor fünf Jahren oder ist eher ein Rückgang an Start-ups zu verzeichnen?

Prof. Dr. Helmut Schönenberger: Laut einer im Handelsblatt veröffentlichten Studie von Morphais ist die Zahl der Existenzgründungen in diesem Jahr zurückgegangen. Das ist gefährlich, denn fällt Deutschland in typischen Schlüsseltechnologiefeldern von Start-ups – beispielsweise künstlicher Intelligenz – zurück, verlieren wir zunehmend an technologischer Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit. Diese braucht es aber, um auf den weltweiten Märkten aktiv mitzuspielen und Eigenständigkeit zu behalten.

Was müssen Start-ups in Zeiten wie diesen mitbringen, um erfolgreich zu sein?

Prof. Dr. Helmut Schönenberger: Zeiten der Krise bieten auch Chancen und Wandel. Wichtig für den Erfolg ist, dass ein Gründungsteam seine wesentlichen Stärken vereint. Ganz zentral dabei: den Fokus auf das Produkt nicht zu verlieren und Kundenwünsche optimal zu adressieren. Zudem muss das Start-up wettbewerbsfähig im Kampf um Geldgeber und Partner sein.

Gibt es Start-ups, die aus der Krise heraus (Corona- oder Energiekrise) ihre Geschäftsidee erfolgreich entwickelt und umgesetzt haben?

Prof. Dr. Helmut Schönenberger: Viele Unternehmen haben erst in der Krise ihre Geschäftsidee gefunden oder ihre bestehende Technologiekompetenz in ein weltweit skalierbares Produkt gebracht. Ich sehe Biontech als das Paradebeispiel für ein deutsches Technologieunternehmen, das in Rekordzeit eine Lösung entwickelt hat und damit weltweit erfolgreich wurde.

Wenn man in der Geschichte zurückblickt, ist die Frage mit einem klaren „Nein“ zu beantworten. Klar, niemand will Krieg und bei den unmittelbaren Folgen daraus schreit keiner „Juhu!“. „Wer in die Vergangenheit schaut, sieht, dass Krisen Chancen für nachhaltige Veränderungen sind, die die Menschheit aus Bequemlichkeit und Angst niemals freiwillig angehen würde. Durch Krisen wird offensichtlich, was ausgedient hat, Altes wird aussortiert und Neues entsteht.“ So schreibt es Marc Friedrich in seinem Spiegel-Bestseller „Die größte Chance aller Zeiten“.

Wenn also Neues entstehen kann, ist das eine Chance für die Start-up-Szene? Aus Krisenzeiten gehen besonders oft erfolgreiche Digital-Unternehmen hervor. Das zeigt zum Beispiel die Finanzkrise 2008/09. Zu der Zeit starteten unter anderem WhatsApp, Uber, Airbnb und Pinterest. Obwohl Investoren damals risikoscheu waren und potenzielle Kunden ihre Budgets zusammenstreichen mussten, konnten sich die noch jungen Firmen durchsetzen.

Macher in der Krise

Jetzt stehen wir wieder an so einem Punkt. Und auch jetzt gibt es wieder Macher, die die Krise für sich nutzen, sehr schnell handeln und ihre Produkte auf die Bedürfnisse der Kunden ausrichten.

Blicken wir zurück auf Anfang 2020 und den Beginn der Corona-Pandemie. Da gab es ein Unternehmen – ein „Paradebeispiel“, wie es Prof. Dr. Helmut Schönenberger im Interview links nennt –, das

R: DAS GLAS IST HALBVOLL!

die auf die Welt zurollende Krise und deren Auswirkungen weit vor allen anderen erkannte und prompt reagierte: Am 24. Januar 2020 gab es weltweit weniger als 1.000 bestätigte Fälle der neuen Krankheit. Am 25. Januar fasste ein Ehepaar in Mainz den Entschluss, einen Impfstoff dagegen herzustellen. Und nur einen Tag später waren die technischen Konstruktionspläne für acht Impfstoffkandidaten bereits zu Papier gebracht. Die Rede ist vom Biotechnologie-Unternehmen Biontech um das Gründer-Ehepaar Ugur Sahin und Özlem Türeci, das den ersten zugelassenen mRNA-Impfstoff gegen Covid-19 auf den Markt brachte.

Das im Jahr 2008 gegründete Unternehmen fokussiert sich auf die Entwicklung und Herstellung von aktiven Immuntherapien zur Behandlung von Krebs und anderen schweren Erkrankungen und war bis dahin nur Eingeweihten ein Begriff. Seit der Corona-Pandemie ist es weltbekannt. Noch Anfang 2020 hat das Unternehmen Verluste von einer halben Milliarde Euro geschrieben – am 9. November desselben Jahres schossen die Aktien des Unternehmens in die Höhe und ihr Marktwert stieg um Milliarden US-Dollar, als Biontech den Durchbruch in Sachen Corona-Impfstoff der Öffentlichkeit bekanntgab.

Aus der Not eine Tugend machen

Was für Biontech im großen Rahmen funktionierte, gilt auch für kleine Unternehmen. Beispiele gibt es viele, die ähnlich gehandelt haben – etwa Marie-Luisa Puttich aus München. Wie so viele wurde sie von der Corona-Krise hart getroffen. Gerade einmal ein halbes Jahr zuvor hatte die ehemalige Leiterin einer Kindertagesstätte die „Hooray Box“ auf den Markt gebracht – ein Rundum-sorglos-Paket für die Mottoparty zum Kindergeburtstag. Doch plötzlich mussten die Kinder

ab Mitte März zu Hause bleiben und viele Eltern standen vor der großen Herausforderung, während der Zeit im Homeoffice ihre Sprösslinge zu beschäftigen. So kam Puttich die Idee der „Kita-to-Go“ – eine Plattform für Eltern von Drei- bis Sechsjährigen, auf der sie jede Woche ein Bastel-, Spiel- und Lernprogramm zu einem neuen Thema bekommen. Bereits nach einer Woche hatte sie 5.000 Nutzer, nach nur wenigen Monaten waren es bereits 50.000, wie die Münchner Jungunternehmerin dem Handelsblatt gegenüber erklärte.

Neben den Machern, die aus der Krise heraus ein (neues) Geschäftsmodell entwickeln, gibt es viele Unternehmen, die schon weit vor der Krise den „richtigen Riecher“ haben und aufgrund der Ausrichtung ihrer Geschäftsidee oder ihre Produkte von einer Krise profitieren können. So ein Unternehmen ist Con-

solinno Energy GmbH aus Regensburg. Gründer und Geschäftsführer Klaus Nagl hatte schon immer den inneren Antrieb, einen Teil zum Klimaschutz beizutragen. So war seine Firmengründung im Jahr 2017 für ihn eine logische Konsequenz, um mit Gleichgesinnten im Team sein Technologie-Know-how in sinnvolle Produkte zur Einhaltung der Pariser Klimaziele zu gießen.

Daraus entstanden sind innovative Produkte, die jeden einzelnen Teil der Energiewende werden lassen, z. B. mit dem „Leaflet HEMS“. Das ist eine zentrale Steuerbox zwischen den Stromverbrauchern im Haus und der Erzeugungsanlage. Es berechnet auf Basis von Wettervorhersage, Jahreszeit und Lastprofilen die optimalen „Laufzeiten“. Das heißt, dass die Wärmepumpe läuft und das E-Auto oder der Energiespeicher geladen werden, wenn ausreichend oder möglichst viel Solarstrom zur Verfügung steht. So stellt das Leaflet HEMS sicher, dass das Energiesystem möglichst wenig Energie ins Netz zurückspeist oder aus dem Netz beziehen muss – für eine effiziente und günstige Energieversorgung. Das Leaflet HEMS ist herstellerunabhängig mit einer Vielzahl von Geräten verwendbar. Eine innovative Lösung in Zeiten des Energiesparens und gleichzeitig eine Chance für alle in der Krise. Denn jeder kann damit zur Energiewende beitragen und gleichzeitig Kosten sparen.

Anhand dieser Beispiele ist ganz klar zu erkennen: Jede Krise ermöglicht einen Sprung nach vorne – und das in den unterschiedlichsten Lebensbereichen. Daran sollten wir festhalten und die Chance ergreifen, aus und mit der Krise zu wachsen!

„
Durch Krisen
wird offensichtlich,
was ausgedient hat.“

Marc Friedrich
Spiegel-Bestsellerautor



GUT LEBEN – AUS EIGENER KRAFT!

RÜCKBLICK 72. JU-LANDESVERSAMMLUNG

Nach zwei Jahren coronabedingter Einschränkungen fand am 24. und 25. September im Kongress am Park in Augsburg die erste Landesversammlung endlich wieder unter „normalen“ Bedingungen statt. Seit Pandemiebeginn waren erstmalig wieder alle bayerischen JU-Mitglieder eingeladen.

Leistungsstarke Bildung, eine lebenswerte Umwelt und ein starkes Sozialsystem – mit diesen Forderungen eröffnete JU-Landesvorsitzender Christian Doleschal die 72. Landesversammlung. „Wir wollen ein gutes Leben aus eigener Kraft. Dafür braucht es eine starke JU in einer starken CSU, damit Bayern in gu-

ten Händen bleibt“, so Doleschal. Ihm folgten ein starkes Statement des Augsburger MdBs Volker Ulrich und eindringliche Worte des ukrainischen Konsuls Dmytro Shevchenko. Dabei wurde mehr als deutlich: Die Unterstützung der Ukraine ist eine Investition in die Sicherheit Deutschlands für morgen.

Beratung zum Leitantrag

Größter Tagesordnungspunkt am ersten Tag war sicherlich die Beratung und Verabschiedung des gleichnamigen Leitantrags „Gut Leben – Aus eigener Kraft“. Ihm ging ein breiter Beteiligungsprozess mit Mitglieder-Umfragen, Brainstormings mit den



Ein Wiesenherz mit Symbolkraft als Geschenk für Markus Söder: „Volle JU-Unterstützung“ bei der Landtagswahl 2023.



Informieren, diskutieren, entscheiden – über 160 inhaltliche Anträge standen auf der Agenda der Landesversammlung.



Spannende „MITEINANDER“-Diskussion über das CSU-Grundsatzprogramm, moderiert von Anja Weisgerber, MdB und Gerhard Hopp, MdL.



#standwithukraine: eindringliche Rede des Konsuls Dmytro Shevchenko zur Lage in der Ukraine



Nach der Arbeit kommt das Vergnügen: beste Stimmung beim Delegiertenabend im Cube Augsburg.



Ilse Aigner
Doleschal



Walkie-Talkie
ern: ein syn
der für den b
wurde



Staatsminister für Ge
schek zeigte sich stylis





Live und in Farbe: die erste Landesversammlung ohne coronabedingte Einschränkungen und mit zahlreichen geladenen Gästen.



JU-Landesvorsitzender Christian Doleschal fordert: „Lasst die Leute leben, wie sie wollen!“



...er gut gelaunt nach ihrer Rede mit Christian ...



Gute Stimmung bei den JU-Chefs: Christian Doleschal, Landesvorsitzender JU Bayern, mit Tilman Kuban, Bundesvorsitzender JU Deutschland.



Ministerpräsident Markus Söder stimmte auf harte Zeiten ein: „Wir dürfen die Sorgen und Nöte unserer eigenen Bevölkerung nicht vergessen!“



...es für schnelle Absprachen mit der JU Bay...
...nolisches Geschenk für Johannes Winkel,
...Bundesvorsitz der JU Deutschland nominiert



...undheit und Pflege Klaus Holetschek im neuen JU-Cap.



EVP-Parteivorsitzender Manfred Weber im Austausch mit den Gästen. In seiner Rede forderte er: „In Krisenzeiten müssen wir unsere Bauern unterstützen und nicht neue Vorgaben machen!“

Kreisvorsitzenden, Integration der Think Tanks und HSS-Veranstaltungen mit Experten und interessierten Basismitgliedern voraus. Die Richtschnur ist klar: Wir wollen ein Land, in dem es jedem Einzelnen möglich sein muss, für sich selbst, seine Familie sowie unsere Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen und sich aus eigener Kraft ein gutes Leben aufzubauen.

→ Eine Zusammenfassung der Forderungen aus dem Leit Antrag findest du auf der nächsten Doppelseite.

Hochkarätige Gäste

Am Sonntag marschierte Ministerpräsident Markus Söder unter fulminanter Begleitung von ACDCs „TNT“ in den Saal. Offenbar hatte er Schlimmeres befürchtet, „Highway to Hell“, scherzte Söder. Und er redete Klartext: „Ich will kein Schwarz-Grün in Bayern und mit mir wird es kein Schwarz-Grün geben.“ Bayern dürfe nicht zur „Filiale von Berlin“ werden, warnte Söder mit Blick auf die Landtagswahl 2023. Er verspricht: „Bayern bleibt Bayern und Bayern will auch selbstständig bleiben.“ Der Beifall war groß. Vor allem, als der Ministerpräsident überraschend ein Thema beerdigte, das ihn und den CSU-Nachwuchs gespalten hatte: die Frauenquote. „Wir brauchen keine weiteren Quoten in der Partei“, so Söder.

Neben Markus Söder standen auch die Präsidentin des Bayerischen Landtags Ilse Aigner, der Bay. Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek, CSU-Generalsekretär Martin Huber, Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg Eva Weber, CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg Manuel Hagel, JU-Bundesvorsitzender Tilmann Kuban und der Kandidat für den JU-Bundesvorsitz Johannes Winkel als Redner und Ehrengäste auf der Bühne.

Klar hat sich an dem vollgepackten Wochenende auch gezeigt: Die JU will bewegen. Über mehr als 160 inhaltliche Anträge wurde beratschlagt und heiß diskutiert. Und wer die Junge Union kennt, weiß, dass bei all den ernsten und schwierigen Themen Gaudi und bayerische Tradition nicht zu kurz kommen darf. So waren gute Stimmung und Ausgelassenheit beim Delegiertenabend im Cube Augsburg garantiert.

LEITANTRAG IN KÜRZE

GUT LEBEN

AUS
EIGENER
KRAFT



Mit dem Leit Antrag „Gut leben – Aus eigener Kraft!“ wollen wir generationengerechte, innovative Impulse für Bayerns Zukunft setzen. Der Staat soll durch „Hilfe zur Selbsthilfe“ jedem das Erreichen seines Traums durch eigene Kraft ermöglichen, ohne über das Leben der Bürger zu bestimmen.

1. LEISTUNGSSTARKE BILDUNG FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN

STANDARDISIERTER SCHULÜBERTRITT

- Leistungsgerechtere Regelung des Übertritts auf weiterführende Schulen
- Einführung von bayernweiten, standardisierten Tests für die 4. Jahrgangsstufe in den Hauptfächern

WEITERBILDUNG DURCH MICRO-DEGREES

- Einführung von Micro-Degrees und postgraduellen Studiengängen zur Weiterqualifikation von beruflich erfahrenen Fach- und Führungskräften

REGIONAL VERWURZELTE BILDUNG

- Entwicklung von dualen Bildungsangeboten an den HAWs, Zertifikatslehrgänge sowie flächendeckende Meister- und Techniker-ausbildungen zur strategischen Profilbildung der Regionen
- Berufliche Bildung muss vollständig kostenfrei sein

EXZELLENZINITIATIVE BAYERN

- Keine Zwei-Klassen-Bildung in Bayern
- Förderung einer gezielten Profilbildung aller bay. Universitäten durch eine bay. „Exzellenzinitiative“
- Wissenschaftlicher Nachwuchs aus Bayern darf nicht länger hinter internationaler Konkurrenz zurückbleiben

2. STARKE WIRTSCHAFT, SCHLANKE BÜROKRATIE

PARTNERSCHAFTEN STATT MIGRATION

- Wirtschaftskooperationen durch geostrategische und regionale Partnerschaften, um durch internationale Zusammenarbeit unserem Fachkräftemangel Abhilfe zu schaffen und die Partnerregion wirtschaftlich zu stärken
- Keine Vermengung von Asylrecht und Fachkräftegewinnung

STAATSQUOTE SENKEN

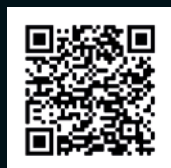
- Senkung der Staatsquote von 53 % auf unter 45 %
- Bedürftigkeitsprüfung für sämtliche Sozialtransfers
- Paradigmenwechsel hin zu Steuersenkungen statt Sozialausgaben

STÄRKUNG DES MITTELSTANDES

- Regulatorik-Monitor, um regulatorische Auswirkungen transparent einsehen zu können
- Verbesserter Zugang zur Forschungszulage, um die Forschungstätigkeiten zu erhöhen
- Einführung einer Nachhaltigkeitsplattform, um Best-Practice-Ansätze adaptierbar zu machen

MEHR KOMMUNALE VERANTWORTUNG

- Prüfung aller staatl. Förderprogramme, um Kommunen handlungsfähiger zu machen
- Zukunftsallianzen der kommunalen Spitzenverbände
- Stärkung kommunaler Zweckverbände



DIREKT ZUM LEITANTRAG

3. SOZIALE CHANCEN AUF EIN GUTES LEBEN

MENTAL HEALTH FÜR ALLE

- Erhöhung der Kassensitze für psychologische Psychotherapeuten
- Kostenübernahme video-basierter Therapie
- Ausbau psychiatrischer Krisendienste

MEHR NETTO VOM BRUTTO

- Senkung der Einkommensteuersätze
- Spitzensteuersatz erst ab 100.000 Euro Einkommen
- Anrechnungsfreiheit für Zuverdienste von Kindern einer Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaft
- Ablehnung des Bürgergelds

FAMILIEN STÄRKEN

- Erhöhung des Kinderfreibetrags auf Höhe des Grundfreibetrags
- Ablösung des Ehegattensplittings durch Ehegattenfreibetrag
- Erhöhung des Alleinerziehendenfreibetrags für jedes Kind auf 8.016 Euro

EIGENHEIM ERMÖGLICHEN

- Einführung eines Eigenkapital-Boosters
- Abschaffung der Grunderwerbsteuer und staatl. bedingten Baunebenkosten für selbst genutztes Wohneigentum

4. SICHERHEIT ALS GARANT FÜR FREIHEIT

STARKES EHRENAMT – STARKE DEMOKRATIE

- Zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements: keine Einkommensteuer- und Sozialversicherungspflicht auf Aufwandsentschädigungen unter 10.000 Euro
- Volle steuerliche Absetzbarkeit der Lohnfortzahlungen für Unternehmen zur Steigerung der Attraktivität einer ehrenamtlichen Tätigkeit bei einer Blaulicht-Organisation

LEISTUNGSSTARKER KATASTROPHENSCHUTZ

- Für eine krisenfeste öffentliche Sicherheit und Notfallversorgung: Errichtung eines Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Übungsgeländes je Regierungsbezirk sowie Katastrophenschutz-Lager auf Landes- und Bezirksebene und Förderung von Lagermöglichkeiten der unteren Katastrophenschutzbehörde
- Erhöhung der Notarztsitze
- Prüfung der Ausweitung von „2c-Delegationen“

MODERNE POLIZEI UND JUSTIZ

- Ausbau der „Hate-Speech-Staatsanwaltschaft“, um Internetkriminalität zielgenau einzudämmen
- Verbesserte Kategorisierung von Straftaten, um passgenauere Verbrechensbekämpfung zu ermöglichen
- Einführung eines E-Akten-Hubs für eine effiziente Datenübermittlung zwischen den Behörden

5. ENERGIE UND UMWELT VERANTWORTUNGSVOLL GESTALTEN

UMWELTSCHUTZ UMSETZEN

- Entsiegelung von Flächen ungenutzter öffentlicher Gebäude ohne Anschlussverwendung, um natürliche Ressourcen zu schonen
- Nachverdichtung in die Höhe in Städten ab 100.000 Einwohnern
- Begrünung von Dächern und Fassaden für vitalere Städte
- Limitierung von Kollektivklagemöglichkeiten zur schnellen Umsetzung dieser Ziele

KULTURTRÄGER LANDWIRTSCHAFT

- Renaturierung und Repowering von Nutzflächen gegen den Flächenverbrauch
- Ausbau des bayerischen Kulturlandschaftsprogramms (KULAP)
- Anhebung von Direktzahlungsmitteln pro Fläche, v. a. der Umverteilungsprämie

EIGENVERANTWORTUNG IN DER ENERGIE-POLITIK

- 80 % des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien bis 2030
- Modernisierung der Gasinfrastruktur und Energieversorgung sowie Ausrichtung auf den Zukunftsrohstoff Wasserstoff
- Kein Bau von monokasunistischen PV-Anlagen, um landwirtschaftliche Nutzung und Energieproduktion nicht gegeneinander auszuspielen
- Fokus auf Holz als Rohstoff zur nachhaltigen Energiegewinnung

OFFENHEIT FÜR NEUE TECHNOLOGIEN

- Vorantreiben der Erforschung nachhaltiger, atom-müllarmer Kernenergie in Bayern
- Weiterentwicklung Bayerns zum „CleanTech Hub“ für die Kreislaufwirtschaft
- Ausbau Bayerns zum Spitzenforschungsstandort für Grüne Gentechnik

75 JAHRE JUNGE UNION BAYERN

12. Januar 1947: 100 Delegierte der Bezirksverbände versammeln sich im Regensburger Kolpinghaus und gründen die Junge Union Bayern. 28. Juni 2022: 200 geladene Gäste feiern – etwas verzögert aufgrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie, aber dennoch fulminant – diesen Tag vor 75 Jahren. Im Münchner Café Reitschule trafen sich der Landesausschuss und seine ehemaligen Mitglieder, zahlreiche Freunde der CSU-Nachwuchsschmiede sowie amtierende politische Schwergewichte wie der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder, die Landtagspräsidentin Ilse Aigner, die CSU-Generalsekretäre Dr. Martin Huber und Tanja Schorer-Dremel, der Bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek, der Bayerische Finanzminister Albert Füracker sowie der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag Thomas

Kreuzer. Auf der Agenda: die Vorstellung der 144 Seiten schweren Chronik der Jungen Union Bayern – vollgepackt mit Erlebnissen und Erinnerungen der letzten Jahrzehnte. In seiner kurzwei-

ligen Rede lobte Markus Söder die Ideen, das Engagement und die Willenskraft der Jungen Union, die sie zum politischen Gradmesser machen. „Unsere Partei ist ohne die JU nicht vorstellbar“, so Söder. Im Anschluss an Söders Rede wurde das Bayernnetzwerk ins Leben gerufen. Als Ehemaligeninitiative soll es dazu beitragen, die aktiven und ehemaligen JU-Mitglieder miteinander zu vernetzen, den Austausch untereinander zu fördern und gemeinsam neue Impulse für die Unionsfamilie zu setzen. So gut aufgestellt steht den nächsten 75 Jahren und hoffentlich noch vielen weiteren mehr nichts im Wege.



Die Geschichte der Jungen Union Bayern auf 144 Seiten, gespickt mit einer Fülle an Ereignissen, engagierten Menschen, Erinnerungen und Errungenschaften.



75 Jahre Junge Union Bayern – ein Grund zu feiern!



Die Geschichte der Jungen Union in Bayern in den Händen der Köpfe, die sie prägten.



JU-Landesvorsitzender Christian Doleschal mit den beiden Generalsekretären der CSU, Dr. Martin Huber und Tanja Schorer-Dremel.

DIE GESCHICHTE DER JU

Wo wir herkommen. wo wir hingehen.

Franz Sackmann



75 Jahre Auf...

Chronik 1953



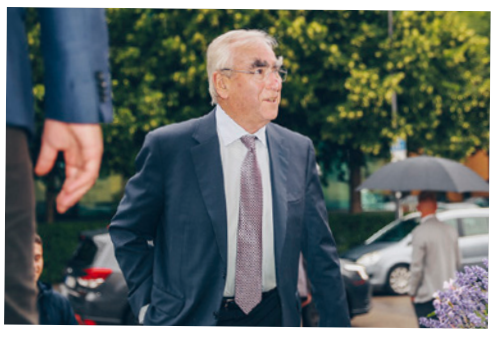
Auch der Genuss kam nicht zu kurz – mit leckerem Fingerfood im Münchner Café Reitschule.



JU-Landesgeschäftsführerin Nicola Gehring hält ihr Herzensprojekt stolz in den Händen und dankt ihrem Team für die Unterstützung und den Einsatz, 75 Jahre Junge Union Bayern auf knapp 150 Seiten gerecht zu werden.



Ein prall gefüllter Saal im Café Reitschule – ehemalige und aktive Mitglieder, langjährige Freunde und prägende Köpfe der Jungen Union trafen hier zusammen.



Der siebte Landesvorsitzende in der Geschichte der JU Bayern, Dr. Theo Waigel, ließ es sich nicht nehmen, den besonderen Anlass gebührend mitzufeiern.



Die Gäste lauschen gespannt den Worten der Festredner.



Vom früheren JU-Landesvorsitzenden zum Bayerischen Ministerpräsidenten: Markus Söder blickt auf die Erfolgsgeschichte der Jungen Union in Bayern zurück.



Engagierte Streiter für christlich-soziale Politik und Freunde der JU: Theo Waigel und Markus Söder.



Zahlreiche ehemalige Mitglieder und Weggefährten waren angereist, darunter auch Andreas Scheuer, MdB.



Wie früher: Der JU-Chef entlässt den CSU-Chef nicht, ohne ihm die Forderungen des Parteienwachstums mit auf den Weg zu geben. Söder kennt das aus seiner eigenen Zeit als JU-Vorsitzender.



Jetzt die Chronik der JU Bayern bestellen:



STARKE STIMMEN FÜR DIE JUN

Aus der Auszubildenden & Schüler Union in Bayern

Tag des Handwerks an bayerischen Schulen

Die Auszubildenden & Schüler Union in Bayern e. V. hat in den vergangenen Monaten ein Programmpapier zur Stärkung des heimischen Handwerks erarbeitet und verabschiedet. Mit einem 5-Punkte-Plan wollen wir das Handwerk

aufwerten, zukunftsfest machen und unseren mittelständischen Unternehmen zusätzlichen Rückhalt verschaffen. Auf der internationalen Handwerksmesse in München hatten wir dieses Jahr die Möglichkeit, mit Handwerksbetrieben in den direkten Austausch zu kommen und aus erster Hand von Problemen und Anliegen zu erfahren. Anschließend fanden auch Gespräche mit Vertretern der IHK und Handwerkskammer Oberbayern statt, um strukturelle Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt herauszuarbeiten und passende Lösungsansätze zu besprechen. Wir freuen uns, dass die Junge Union Bayern unsere Anträge zum Handwerk auf der JU-Landesversammlung 2022 angenommen hat und unser Anliegen auf breite Unterstützung innerhalb der Unionsfamilie trifft.

Uns ist bewusst, dass eine Image-Verbesserung des Handwerks nicht ausreicht, um den Fachkräftemangel zu beheben. Zusätzlich ist eine gute Berufsorientierung in der Schule dringend nötig, weshalb wir einen Aktionstag Handwerk an bayerischen Schulen gefordert haben, um den Schülerinnen und Schülern diese Berufsfelder näherzubringen. Die Bayerische Staatsregierung hat unsere Idee aufgegriffen und einige Zeit später beschlossen, einen „Tag des Handwerks“ an Schulen einzuführen – ein großer Erfolg und eine wichtige Bestätigung für unsere Arbeit!

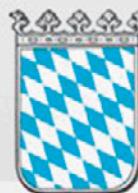


ANZEIGE

Du willst:

- Den **Dialog** zwischen Politik und Wirtschaft **fördern**?
- Ein **Netzwerk** aus jungen Entscheidern **aufbauen**?
- Den **Austausch** zwischen jungen Unternehmern, Führungskräften und Gründern **ermöglichen**?
- Den wirtschaftlichen **Erfolg** Bayerns und Deutschlands **ausbauen** – insbesondere durch Ankurbeln des Gründertums?
- Die **Ziele** der Sozialen Marktwirtschaft **unterstützen**?
- Unsere **Gesellschaft** auf der Suche nach der besten Lösung aktiv **gestalten**?

Werde Mitglied im Jungen Wirtschaftsbeirat!
<https://junger.wbu.de>



WIRTSCHAFTSBEIRAT
BAYERN

GE GENERATION

Die Junge Alpenregion

Regionale Wertschöpfung im Fokus

Auf Einladung der Jungen Generation in der SVP fand die Vollversammlung der Jungen Alpenregion in Brixen statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Entwicklung der regionalen Wertschöpfung im Alpenraum, wozu auch eine Resolution verabschiedet worden ist.

Die Vertreter der 18 Mitgliedsorganisationen der Jungen Alpenregion – darunter ihr Präsident Alexander Attensberger von der Jungen Union Bayern aus Oberbayern, Landeshauptmannstellvertreterin Waltraud Deeg, der stellvertretende JG-Landesvorsitzende Fabian Gufler und das Präsidiumsmitglied in der Jungen Alpenregion für Südtirol Lia Vontavon – hatten sich in Brixen zusammengefunden, um im Rahmen der Vollversammlung eine gemeinsame Position im Hinblick auf die regionale Wertschöpfung im Alpenraum auszuarbeiten.

„Um den Wohlstand im Alpenraum zu stärken, ist es notwendig, globale Abhängigkeiten zu verringern und abzubauen. Regionale Wertschöpfung hilft dabei, eine gewisse Unabhängigkeit zu erreichen und zusätzlich die regionale Wirtschaft zu stärken. Dazu sollten wir vorhandene regionale Strukturen nutzen und stabile Wertschöpfungsketten schaffen. Eine hohe regionale Wertschöpfung hilft darüber hinaus, lange Transport- und Arbeitswege zu verringern und somit einen großen Beitrag zum Klimaschutz zu erbringen“, so Alexander Attensberger und Lia Vontavon unisono.

Im Rahmen der Vollversammlung haben die Delegierten der Mitgliedsorganisationen eine Resolution verabschiedet, die

den Fokus auf die regionale Wertschöpfung legt, insbesondere auf die Bereiche Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion, Handwerk, Bau, Industrie und Energie.

Resolution zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung verabschiedet

Im Bereich der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion fordert die Junge Alpenregion etwa die Förderung regionaler genossenschaftlicher Strukturen bei der Vermarktung

landwirtschaftlicher Produkte. „Darüber hinaus sollen bürokratische Entlastungen für regional agierende Kleinbetriebe erfolgen und ein einheitliches europäisches ‚Regionalsiegel‘ erdacht werden. Dieses sollen Verbrauchern helfen, die regionale Herkunft der Produkte zu erkennen“, so der Präsident der Jungen Alpenregion, Alexander Attensberger.

Im Handwerk und Bau sollen Ausbildungsplätze gezielt gefördert werden, ferner braucht es Unterstützung für Betriebe, die auf heimische Rohstoffe zurückgreifen. „Für unsere Industrie



Treffen in Brixen zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung



Die Junge Alpenregion bei der letzten Vollversammlung in Salzburg

brauchen wir Investitionen in Bildung und Forschung, speziell im Bereich zukunftsfähiger und nachhaltiger Technologien“, so Lia Vontavon.

Auch im Energiesektor möchte sich die Junge Alpenregion für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen. So sollen vereinfachte Genehmigungsverfahren beim Bau von Anlagen erneuerbarer Energien möglich sein und Holz weiterhin als Quelle erneuerbarer Energien deklariert werden. Ferner braucht es die Förderung von Konzepten zur Beteiligung der Bürger am Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung, um Abhängigkeiten abzubauen.

Bei der letzten Vollversammlung der Jungen Alpenregion ging es bei einem ebenso spannenden politischen Wochenende nach Salzburg. Hier drehte sich alles um das Thema „Kulturwirtschaft im Alpenraum“ mit Vertretern des Salzburger Landtags und u. a. einer Backstageführung im Salzburger Festspielhaus.



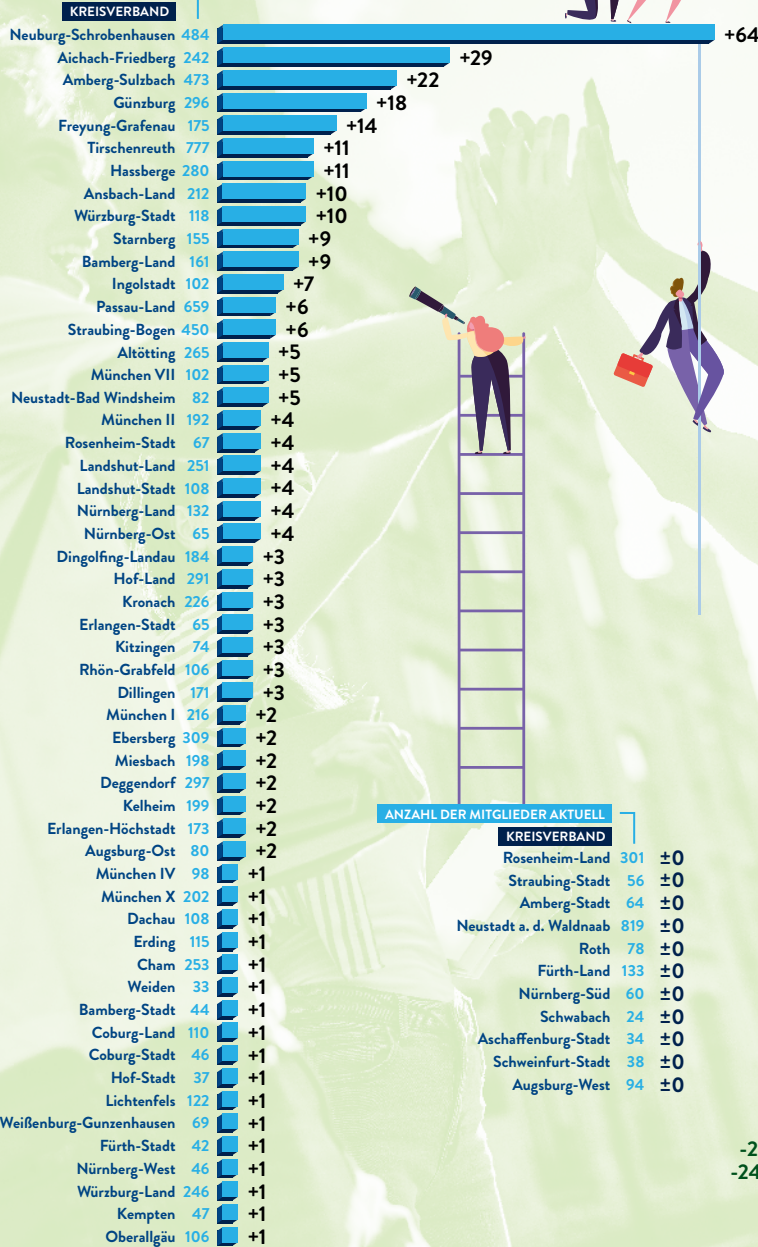
Gemeinsam stark für unseren Lebensraum

Die Junge Alpenregion verbindet Jugendliche aus Bayern, Liechtenstein, Österreich, Südtirol, der Schweiz, Slowenien und dem Trentino.

JU-MITGLIEDER-STATISTIK

Anzahl neuer Mitglieder nach Kreisverband im Vergleich Januar 2022 vs. Oktober 2022

ANZAHL DER MITGLIEDER AKTUELL



ANZAHL DER MITGLIEDER AKTUELL



ANZAHL DER MITGLIEDER AKTUELL

Kreisverband



EIN STARKES TEAM FÜR EUREN VERBAND: DAS JU-LANDESSEKRETARIAT

Die politische und organisatorische Zentrale der JU ist das Team im Landessekretariat. Egal ob Veranstaltung, Verwaltung, Rechenschaftsbericht oder inhaltliche Fragen, haltet euch nicht zurück und schickt eure Anliegen dem Team im Landessekretariat! Hier findet ihr eure Ansprechpartner:

DEIN KONTAKT ...



Landesgeschäftsführerin
Nicola Gehringer
nicola.gehringer@ju-bayern.de
 089-1243 206



Referent für Kampagne und Bildung
Maximilian Stepfer
maximilian.stepfer@ju-bayern.de
 089-1243 207

JU Augsburg ...

#Landesversammlung #Augsburg Über 400 Delegierte und Gäste aus ganz Bayern waren vom 24. bis 25. September bei der diesjährigen Landesversammlung in unserer schönen Fuggerstadt zu Besuch. Ein großes Dankeschön an die rund 50 Helfer, die für einen reibungslosen Ablauf sorgten.

JU Mittelfranken ...

Podiumsdiskussion „Energiekrise – Anschub oder Hemmschuh für das Land?“ und Wanderung durch die Massersdorfer Schlucht nach der Bezirksversammlung

JU München ...

Isar-Flößfahrt der JU-München: gelebte bayerische Tradition bei bestem Sonnenschein – Blasmusik, Bier, spannende Gespräche und ein Sprung ins kühle Nass. Besser als in Bayern lebt man nirgendwo sonst!

JU Niederbayern ...

„Politics and Volksfest“ – endlich wieder Gäubodenfest. Zwei Jahre ohne das zweitgrößte Volksfest in Bayern waren zwei zu viel.

JU Nürnberg-Fürth-Schwabach ...

Party & Politics: die JU Mittelfranken, München und Nürnberg-Fürth-Schwabach gemeinsam on tour – zuerst bei der gemeinsamen Bezirksvorstandssitzung und danach im Nürnberger Nachtleben.

JU Oberbayern ...

Klausurtagung der JU Oberbayern am Ammersee mit unserem Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder.

JU Oberfranken ...

Gipfeltreffen in Kreuth. Wandern und diskutieren – gemeinsam mit Ilse Aigner, Angelika Niebler, Martin Huber, Staatskanzleichef Florian Herrmann, Edmund Stoiber und Seppi Rohmoser.

JU Oberpfalz ...

JU Oberpfalz on tour! #Bezirksfahrt2022 #Prag Gemeinsam mit Mitgliedern von der Basis bis zum Bezirksvorsitzenden konnten wir vieles über unser Nachbarland lernen und uns mit tschechischen Jungpolitikern austauschen. Selbstverständlich kam auch die Geselligkeit nicht zu kurz.

JU Unterfranken ...

Neue Mobilitätsformen der Zukunft hautnah erleben! Die Junge Union Unterfranken besichtigt autonome Shuttles der ZF Friedrichshafen am Standort Schweinfurt.

JU Schwaben ...

Gute Stimmung bei der Verleihung des nach dem früheren bayerischen Wirtschaftsminister Anton Jaumann benannten Mittelstandspreises der Jungen Union Schwaben an die Schreinerei Lehle und die Firma Otto Bihler Maschinenfabrik. Festredner war Günther H. Oettinger, früherer Vizepräsident und Mitglied der EU-Kommission sowie langjähriger Ministerpräsident von Baden-Württemberg. #Mittelstand #Schwaben #Jungeunion



Referent für Verbandsarbeit und Antragswesen
Luca Gis
 luca.gis@ju-bayern.de
 089-1243 244



Referentin für Inhalt und Kommunikation
Gina-Maria Mojz
 gina.mojz@ju-bayern.de
 089-1243 240



Referent für Organisation und Finanzen
Johann Kupfer
 johann.kupfer@ju-bayern.de
 089-1243 209

Das Team des Landessekretariats
 ju@ju-bayern.de
 JU-Handy: 0172 6112564

Kommunalpolitikerlounge

Musteranträge und Pressemeldungen,
eine Sammlung an Online-Seminaren,
Handbüchern und vieles mehr

Mitgliederbereich

JU-Shop und Leihmöglichkeiten, Aktions-
vorschläge, alles rund ums Erscheinungsbild
eures Verbands und weitere spannende Themen



Schau gleich vorbei:
www.ju-mitgliederbereich.de